Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 736/96 des Rates vom 22. April 1996 über die Mitteilung der Investitionsvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse auf dem Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor an die Kommission** 1
- Verordnung (EG) Nr. 737/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand 5
- Verordnung (EG) Nr. 738/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 durchgeführte 37. Teilausschreibung 7
- Verordnung (EG) Nr. 739/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersektor 8
- Verordnung (EG) Nr. 740/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 94/96 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 80 000 Tonnen Roggen der dänischen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien 10
- Verordnung (EG) Nr. 741/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 96/96 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 50 000 Tonnen Gerste der deutschen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Griechenland 11
- Verordnung (EG) Nr. 742/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 97/96 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 89 000 Tonnen Gerste der dänischen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Sardinien 12
- Verordnung (EG) Nr. 743/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 98/96 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 320 000 Tonnen Roggen der deutschen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien 13

Verordnung (EG) Nr. 744/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 110/96 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 180 000 Tonnen Gerste der deutschen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien	14
* Verordnung (EG) Nr. 745/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 des Rates über Vorkehrungen gegenüber bestimmten Begünstigten der vom EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen	15
* Verordnung (EG) Nr. 746/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren	19
Verordnung (EG) Nr. 747/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Aussetzung des bei der Einfuhr von großblütigen Rosen mit Ursprung in Marokko zu erhebenden Präferenzzolls und Wiedereinführung des Zolls des Gemeinsamen Zolltarifs	28
Verordnung (EG) Nr. 748/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung der im Sektor Reis geltenden Einfuhrzölle	30
Verordnung (EG) Nr. 749/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	33
Verordnung (EG) Nr. 750/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Sirupe und einige andere Erzeugnisse des Zuckersektors in unverändertem Zustand	35
Verordnung (EG) Nr. 751/96 der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung der im Sektor Getreide geltenden Zölle	37

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Rat

96/273/EG:

- * Entscheidung des Rates vom 22. April 1996 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, gemäß dem Verfahren in Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG Verbrauchsteuerermäßigungen oder -befreiungen auf Mineralöle mit bestimmten Verwendungszwecken zu gewähren oder beizubehalten

Kommission

96/274/EGKS:

- * Entscheidung der Kommission vom 7. Februar 1996 zur Genehmigung zusätzlicher Beihilfen des Vereinigten Königreichs zugunsten des Steinkohlenbergbaus für das Haushaltsjahr 1995/96

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

Gemeinsamer EWR-Ausschuß

- * Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/96 vom 29. Februar 1996 zur Änderung des Protokolls 47 des EWR-Abkommens über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein
- * Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/96 vom 29. Februar 1996 über die Änderung des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens

(Fortsetzung 3. Umschlagseite)

Inhalt (Fortsetzung)

* Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/96 vom 29. Februar 1996 über die Änderung des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens	49
* Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/96 vom 29. Februar 1996 über die Änderung des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens	50
* Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/96 vom 29. Februar 1996 über die Änderung des Anhangs XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens	51

I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)***VERORDNUNG (EG) Nr. 736/96 DES RATES****vom 22. April 1996****über die Mitteilung der Investitionsvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse auf dem Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor an die Kommission**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 213,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 187,

auf Vorschlag der Kommission ⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽²⁾,nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Anlässlich neuer Änderungen ist es im Interesse größerer Klarheit zweckmäßig, die Verordnung (EWG) Nr. 1056/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über die Mitteilung der Investitionsvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse auf dem Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor an die Kommission ⁽⁴⁾ neu zu fassen.

Die Einführung einer gemeinsamen Energiepolitik gehört zu den Zielen, die sich die Gemeinschaft gesetzt hat; es ist Aufgabe der Kommission, Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles vorzuschlagen.

Die im Rahmen der genannten Verordnung gesammelten Informationen werden für die laufende Arbeit der Kommission benötigt; sie stellen die einzige offizielle Informationsquelle der Kommissionsdienststellen über die Entwicklung der Kapazitäten hinsichtlich Produktion, Umwandlung und Beförderung in den Sektoren Elektrizität, Erdöl und Erdgas dar.

Der Rat hat auf seiner 88. Tagung am 13. November 1969 nach Kenntnisnahme von der Mitteilung über die erste Orientierung für eine gemeinschaftliche Energiepolitik, welche die Kommission ihm am 18. Dezember 1968 zugeleitet hat,

— die in dieser Mitteilung enthaltenen Grundsätze unter Berücksichtigung des Berichts des Ausschusses der Ständigen Vertreter gebilligt,

— die Kommission gebeten, ihm auf diesem Gebiet so bald wie möglich die dringlichsten konkreten Vorschläge vorzulegen,

— vereinbart, diese Vorschläge so bald wie möglich zu prüfen, damit eine gemeinschaftliche Energiepolitik konzipiert werden kann.

Die Erstellung einer Gesamtübersicht über die Entwicklung der Investitionen in der Gemeinschaft ist Bestandteil einer solchen Politik; sie soll es der Gemeinschaft insbesondere ermöglichen, die notwendigen Vergleiche anzustellen.

Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert eine möglichst genaue Kenntnis der Investitionen. Für die Bereiche Kohle und Atomenergie sind die Unternehmen aufgrund des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft gehalten, ihre Investitionsvorhaben mitzuteilen. Es ist angebracht, diese Auskünfte durch Informationen über den Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor zu ergänzen. In dieser Hinsicht ist es notwendig, daß die Kommission Kenntnis von den Investitionsvorhaben erhält, die auf diesen Sektoren von gemeinschaftlichem Interesse sind.

Um ihre Aufgabe ausführen zu können, muß die Kommission außerdem rechtzeitig über alle wesentlichen Änderungen an solchen Vorhaben, insbesondere hinsichtlich der Dauer der Verwirklichung der Vorhaben und der vorgesehenen Kapazitäten, unterrichtet werden. Folglich ist es notwendig, daß auch diese Angaben mitgeteilt werden.

Es empfiehlt sich daher, daß die Mitgliedstaaten der Kommission Auskünfte über die in ihrem Hoheitsgebiet geplanten Investitionen auf dem Gebiet der Produktion, der Lagerung und der Verteilung von Kohlenwasserstoffen oder elektrischer Energie übermitteln und gegebenenfalls mit Erläuterungen versehen. Zu diesem Zweck müssen die betreffenden Personen und Unternehmen verpflichtet werden, den Mitgliedstaaten solche Auskünfte zu erteilen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 346 vom 23. 12. 1995, S. 10.⁽²⁾ ABl. Nr. C 17 vom 22. 1. 1996.⁽³⁾ ABl. Nr. C 18 vom 22. 1. 1996, S. 107.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 120 vom 25. 5. 1972, S. 7. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1215/76 (ABl. Nr. L 140 vom 28. 5. 1976, S. 1).

Einige Mitgliedstaaten sind nicht darauf angewiesen, die Verpflichtung für die betreffenden Personen und Unternehmen aufrechtzuerhalten, um von den Investitionsvorhaben zu erfahren, die der Kommission später zur Kenntnis gebracht werden müssen.

Die technischen, finanziellen, gewerblichen und sozialen Aspekte von Investitionsvorhaben im Elektrizitätssektor führen in steigendem Maße dazu, daß Investitionspläne mindestens fünf Jahre vor dem voraussichtlichen Beginn der Arbeiten formuliert werden.

In bezug auf Investitionsvorhaben im Elektrizitätssektor sollte daher gewährleistet werden, daß die Kommission Mitteilung von Vorhaben erhält, die normalerweise binnen fünf Jahren nach dem 1. Januar des laufenden Jahres in Angriff genommen werden sollen.

Bei der Erdölraffination gewinnen Investitionen für Entschwefelungsanlagen für Rückstands- und Destillatheizöle, Feedstocks und andere Minerallerzeugnisse zunehmend an Bedeutung im Hinblick auf die Beachtung strenger Qualitätsnormen, die in der Gemeinschaft zur Eindämmung der Umweltverschmutzung zur Annahme kommen sollen.

Nach den Artikeln 41 und 42 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sind der Kommission nukleare Investitionsvorhaben jeder Art spätestens drei Monate vor Abschluß der ersten Lieferverträge oder spätestens drei Monate vor Baubeginn anzuzeigen. Tatsächlich bedeutet das jedoch, daß die Vorhaben erst, wenn sie bereits sehr weit fortgeschritten sind, angezeigt werden, und zwar auf Initiative der Personen oder Unternehmen, die die Investition vornehmen, und zu einem von ihnen festgesetzten Zeitpunkt.

Um der Herstellerindustrie bei den erforderlichen Investitionen und Anpassungen für die Lieferung schwerer Ausrüstungen im Rahmen der Investitionsprogramme für die Versorgung mit elektrischer Energie helfen zu können, muß die Kommission über die Vorhaben aus diesen Programmen lange genug vor ihrer Verwirklichung unterrichtet sein, damit sie der Industrie je nach Ausmaß der in bezug auf die Baupläne bereits eingegangenen Verpflichtungen die entsprechenden Angaben machen kann, die es gestatten, das damit verbundene technische, finanzielle und soziale Risiko richtig abzuschätzen.

Im Elektrizitäts- und Erdgasbereich sind Investitionsvorhaben, die sich auf Erd- und Seekabel und -rohrleitungen für Übertragungszwecke beziehen, soweit diese eine wichtige Verbindung in nationalen oder internationalen Verbundnetzen sowie Transeuropäischen Netzen darstellen, von gemeinschaftlichem Interesse, und Auskünfte über derartige Vorhaben sind für die Kommission erforderlich, damit diese ihre Aufgaben im Elektrizitäts- und Erdgasbereich erfüllen kann. Die Unterrichtung der Kommission über derartige Vorhaben ist sicherzustellen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Termine 15. Februar und 15. Januar den Personen, Unternehmen und Mitgliedstaaten nicht genügend Zeit lassen, die notwendigen Informationen zu sammeln.

Die Kommission sollte die Möglichkeit haben, gegebenenfalls bestimmte Einzelheiten der Durchführung, beispielsweise Form und Inhalt der Mitteilungen, genauer festzulegen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß einige der erhobenen Daten Auflagen implizieren, die, gemessen an dem daraus zu erwartenden Nutzen, über das Maß des Notwendigen hinausgehen. Die erhobenen Daten müssen entsprechend reduziert bzw. geändert werden.

Es muß gewährleistet werden, daß die in dieser Verordnung vorgesehenen Verpflichtungen eingehalten und die eingeholten Angaben vertraulich behandelt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission jährlich vor dem 15. April die nach Absatz 2 eingeholten Auskünfte über die im Anhang genannten Investitionsvorhaben auf dem Gebiet der Produktion, des Transports, der Lagerung und der Verteilung von Kohlenwasserstoffen bzw. elektrischer Energie mit, deren konkrete Verwirklichung (Beginn der Arbeiten) normalerweise binnen drei Jahren im Fall von Vorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe und binnen fünf Jahren im Fall von Vorhaben auf dem Elektrizitätssektor in Angriff genommen werden soll; in den Mitteilungen ist die jeweils jüngste Entwicklung der Lage zu berücksichtigen.

Die Mitgliedstaaten fügen diesen Mitteilungen gegebenenfalls Erläuterungen bei.

(2) Im Hinblick auf die Erfüllung der in Absatz 1 genannten Verpflichtung sind die betreffenden Personen und Unternehmen gehalten, jährlich vor dem 15. März die Investitionsvorhaben im Sinne von Absatz 1 dem Mitgliedstaat mitzuteilen, in dessen Hoheitsgebiet sie diese verwirklichen wollen. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht, wenn der betreffende Mitgliedstaat beschließt, andere Mittel anzuwenden, um der Kommission die Informationen über die in Absatz 1 genannten Investitionsvorhaben zu liefern.

(3) In den Mitteilungen nach den Absätzen 1 und 2 sind außerdem die Kapazitäten anzugeben, die sich im Betrieb oder im Bau befinden oder deren Außerdienststellung binnen drei Jahren vorgesehen ist.

(4) Bei der Berechnung der im Anhang genannten Kapazitäten oder Größenordnungen berücksichtigen die Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen sämtliche Faktoren des betreffenden Vorhabens, soweit diese Faktoren ein technisch unteilbares Ganzes bilden, auch wenn das Vorhaben in mehreren aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten ausgeführt wird.

(5) Die Mitteilungen nach den Absätzen 1 und 2 erstrecken sich auch auf Investitionsvorhaben, deren Hauptmerkmale (Standort, Hersteller, Bauherr, technische Daten usw.) in ihrer Gesamtheit oder teilweise einer weiteren Überprüfung oder einer endgültigen Genehmigung durch eine zuständige Behörde unterliegen könnten.

Artikel 2

(1) Bezüglich der geplanten oder im Bau befindlichen Investitionsvorhaben müssen die Mitteilungen nach Artikel 1 folgende Angaben enthalten:

- genauer Gegenstand und Art der Investition,
- vorgesehene Kapazität oder Leistung,
- voraussichtlicher Zeitpunkt der Inbetriebnahme,
- Art der verwendeten Rohstoffe.

Bezüglich der geplanten Außerdienststellungen müssen die Mitteilungen folgende Angaben enthalten:

- Art und Kapazität oder Leistung der Anlagen,
- voraussichtlicher Zeitpunkt der Außerdienststellung.

(2) Die Kommission kann innerhalb der in dieser Verordnung und ihrem Anhang festgelegten Grenzen Durchführungsbestimmungen über die Form, den Inhalt und die sonstigen Einzelheiten der in Artikel 1 vorgesehenen Mitteilungen erlassen.

Artikel 3

Die Kommission unterbreitet dem Rat eine Übersicht über die gemäß dieser Verordnung eingeholten Angaben.

Artikel 4

Die gemäß dieser Verordnung übermittelten Informationen sind vertraulich. Diese Bestimmung steht der

Veröffentlichung von allgemeinen Auskünften oder von Übersichten, die keine Einzelangaben über Unternehmen enthalten, nicht entgegen.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um die Einhaltung der sich aus Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 4 ergebenden Verpflichtungen zu gewährleisten.

Artikel 6

Die Kommission wird dem Rat nach fünf Jahren einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung und ihren Beitrag an der Verwirklichung der angestrebten Ziele vorlegen. Sie wird diesem Bericht die erforderlichen Vorschläge beifügen.

Artikel 7

Die Verordnung (EWG) Nr. 1056/72 wird aufgehoben.

Artikel 8

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 22. April 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

W. LUCHETTI

ANHANG

INVESTITIONSVORHABEN

1. ERDÖL

1.1. Raffination

- Anlagen zur Destillation mit einer Kapazität von 1 000 000 t/Jahr oder mehr,
- Erweiterung von Destillationsanlagen auf eine Kapazität von mehr als 1 000 000 t/Jahr,
- Anlagen für Reforming/Cracking mit einer Kapazität von 500 t/Tag oder mehr,
- Entschwefelungsanlagen für Rückstandsheizöle/Destillatheizöle/Feedstocks/andere Mineralölerzeugnisse.

Chemische Anlagen, die Heizöl und/oder Treibstoff nicht oder nur als Nebenerzeugnisse herstellen, sind ausgeschlossen.

2. ERDGAS

2.1. Transport

- Grenzüberschreitende Gasrohrleitungen sowie Projekte gemeinschaftlichen Interesses, die in den in Anwendung von Artikel 129c des Vertrags erstellten Richtlinien identifiziert worden sind,
- Kopfstationen für die Einfuhr von flüssigem Erdgas.

Rohrleitungen und Kopfstationen für militärische Zwecke sowie zur Versorgung chemischer Anlagen, die Energieerzeugnisse nicht oder nur als Nebenerzeugnisse herstellen, sind ausgeschlossen.

2.2. Verteilung

- Unterirdische Speichieranlagen mit einer Kapazität von 150 000 000 m³ oder mehr.

Anlagen für militärische Zwecke sowie Anlagen zur Versorgung chemischer Anlagen, die Energieerzeugnisse nicht oder nur als Nebenerzeugnisse herstellen, sind ausgeschlossen.

3. ELEKTRIZITÄT

3.1. Produktion

- Wärmekraftwerke (Maschinensätze von 200 MW oder mehr),
- Wasserkraftwerke (Kraftwerke mit 50 MW oder mehr).

3.2. Transport

- Übertragungsfreileitungen, soweit sie für eine Spannung von 345 kV oder mehr konzipiert sind,
 - Erd- und Seekabel für Übertragungszwecke, soweit sie für eine Spannung von 100 kV oder mehr konzipiert sind und wesentliche Verbindungen in nationalen oder internationalen Verbundnetzen darstellen,
 - Projekte gemeinschaftlichen Interesses, die in den in Anwendung von Artikel 129c des Vertrags erstellten Richtlinien identifiziert worden sind.
-

VERORDNUNG (EG) Nr. 737/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1101/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 4 erster Unterabsatz Buchstabe a),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 kann der Unterschied zwischen den Notierungen oder Preisen auf dem Weltmarkt der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der angeführten Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.

Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 sind die Erstattungen für den nicht denaturierten und in unverändertem Zustand ausgeführten Weißzucker und Rohzucker unter Berücksichtigung der Lage auf dem Markt der Gemeinschaft und auf dem Weltzuckermarkt und insbesondere der in Artikel 17a der angeführten Verordnung genannten Preise und Kostenelemente festzusetzen. Nach demselben Artikel sind zugleich die wirtschaftlichen Aspekte der beabsichtigten Ausfuhr zu berücksichtigen.

Für Rohzucker ist die Erstattung für die Standardqualität festzusetzen. Diese ist in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates vom 9. April 1968 über die Bestimmung der Standardqualität für Rohzucker und des Grenzübergangsorts der Gemeinschaft für die Berechnung der cif-Preise für Zucker⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94⁽⁴⁾, festgelegt worden. Diese Erstattung ist im übrigen gemäß Artikel 17a Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 festzusetzen. Kandiszucker wurde in der Verordnung (EG) Nr. 2135/95 der Kommission vom 7. September 1995 mit Durchführungsvorschriften für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen im Zuckersektor⁽⁵⁾ definiert. Die so berechnete Erstattung muß bei aromatisiertem oder gefärbtem Zucker für dessen Saccharosegehalt gelten und somit für 1 v.H. dieses Gehalts festgesetzt werden.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können es notwendig machen, die Erstattung für Zucker je nach der Bestimmung oder dem Bestimmungsbereich in unterschiedlicher Höhe festzusetzen.

In besonderen Fällen kann der Erstattungsbetrag durch Rechtsakte anderer Art festgesetzt werden.

Die Verordnung (EWG) Nr. 990/93 des Rates⁽⁶⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1380/95⁽⁷⁾, untersagt den Handel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Dieses Verbot gilt jedoch nicht in Situationen wie denen, die in den Artikeln 2, 4, 5 und 7 der genannten Verordnung und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 des Rates⁽⁸⁾ limitativ angeführt sind. Bei der Festsetzung der Erstattungen ist dieser Bestimmung Rechnung zu tragen.

Die mit Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽¹⁰⁾, festgelegten repräsentativen Marktkurse werden bei der Umrechnung der in den Drittlandswährungen ausgedrückten Beträge berücksichtigt. Außerdem werden sie bei der Bestimmung der den Währungen der Mitgliedstaaten entsprechenden landwirtschaftlichen Umrechnungskurse zugrunde gelegt. Die für diese Umrechnungen erforderlichen Durchführungsbestimmungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission⁽¹¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2853/95⁽¹²⁾, erlassen.

Die Erstattung wird alle zwei Wochen festgesetzt. Sie kann zwischenzeitlich geändert werden.

Die Anwendung dieser Regeln auf die gegenwärtige Marktlage im Zuckersektor und insbesondere die Notierungen und Preise für Zucker in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führt dazu, die im Anhang angegebenen Erstattungsbeträge festzusetzen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht denaturierten Erzeugnisse werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 102 vom 28. 4. 1993, S. 14.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 138 vom 21. 6. 1995, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 65 vom 15. 3. 1996, S. 1.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 299 vom 12. 12. 1995, S. 1.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 89 vom 10. 4. 1968, S. 3.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 214 vom 8. 9. 1995, S. 16.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission
 Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung ^(?)
	— in ECU/100 kg —
1701 11 90 100	36,34 ⁽¹⁾
1701 11 90 910	36,34 ⁽¹⁾
1701 11 90 950	⁽²⁾
1701 12 90 100	36,34 ⁽¹⁾
1701 12 90 910	36,34 ⁽¹⁾
1701 12 90 950	⁽²⁾
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 91 00 000	0,3950
	— in ECU/100 kg —
1701 99 10 100	39,50
1701 99 10 910	39,50
1701 99 10 950	39,50
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 99 90 100	0,3950

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 17a Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 errechnet.

⁽²⁾ Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

⁽³⁾ Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

VERORDNUNG (EG) Nr. 738/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die
im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95
durchgeführte 37. Teilausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 1101/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 5
zweiter Unterabsatz Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 der Kom-
mission vom 26. Juli 1995 betreffend eine Dauerausschrei-
bung für die Festsetzung von Abschöpfungen und/oder
Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker⁽³⁾, geändert
durch die Verordnung (EG) Nr. 706/96⁽⁴⁾, werden Teil-
ausschreibungen für die Ausfuhr dieses Zuckers durchge-
führt.

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG)
Nr. 1813/95 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der
Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung
insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der
voraussichtlichen Entwicklung des Zuckermarktes in der
Gemeinschaft sowie des Weltmarktes festzusetzen.

Nach Prüfung der Angebote sind für die 37. Teilaus-
schreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen
festzulegen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 990/93 des Rates⁽⁵⁾, geändert
durch die Verordnung (EG) Nr. 1380/95⁽⁶⁾, untersagt den
Handel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der

Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Monte-
negro). Dieses Verbot gilt jedoch nicht in Situationen wie
denen, die in den Artikeln 2, 4, 5 und 7 der genannten
Verordnung und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 des
Rates⁽⁷⁾ limitativ angeführt sind. Bei der Festsetzung der
Erstattungen ist dieser Bestimmung Rechnung zu tragen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Für die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95
durchgeführte 37. Teilausschreibung für Weißzucker wird
eine Ausfuhrerstattung von höchstens 42,611 ECU je 100
kg festgesetzt.

(2) Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik
Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen
Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der
geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der
Verordnung (EG) Nr. 462/96 festgelegten Bedingungen
gewährt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 175 vom 27. 7. 1995, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 98 vom 19. 4. 1996, S. 11.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 102 vom 28. 4. 1993, S. 14.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 138 vom 21. 6. 1995, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 65 vom 15. 3. 1996, S. 1.

VERORDNUNG (EG) Nr. 739/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für
Melasse im Zuckersektor

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
 GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
 Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des
 Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Markt-
 organisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
 Verordnung (EG) Nr. 1101/95⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1422/95 der
 Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
 stimmungen für die Einfuhr von Melasse im Zuckersektor
 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 785/68⁽³⁾,
 insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz
 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 wird der cif-
 Preis bei der Einfuhr von Melasse, im folgenden „reprä-
 sentativer Preis“ genannt, nach Maßgabe der Verordnung
 (EWG) Nr. 785/68 der Kommission⁽⁴⁾ bestimmt. Dieser
 Preis gilt für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der
 genannten Verordnung.

Der repräsentative Preis für Melasse wird für einen Grenz-
 übergangsort der Gemeinschaft, in diesem Fall
 Amsterdam, festgesetzt. Der Preis muß auf der Grundlage
 der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Welt-
 markt unter Berücksichtigung der nach Maßgabe der
 etwaigen Qualitätsunterschiede gegenüber der Standard-
 qualität berichtigten Notierungen oder Preises dieses
 Marktes berechnet werden. Die Standardqualität für
 Melasse ist in der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 festge-
 legt.

Zur Feststellung der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten
 auf dem Weltmarkt müssen alle Informationen betreffend
 die Angebote auf dem Weltmarkt, die auf den wichtigen
 Märkten in Drittländern festgestellten Preise und die
 Verkaufsabschlüsse im Rahmen des internationalen
 Handels berücksichtigt werden, die die Kommission von
 den Mitgliedstaaten erhält bzw. die ihr aus eigenen
 Quellen vorliegen. Bei dieser Feststellung gemäß Artikel
 7 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 ist es möglich, den
 Durchschnitt mehrerer Preise zugrunde zu legen, soweit
 dieser Durchschnitt für die tatsächliche Markttendenz als
 repräsentativ gelten kann.

Nicht berücksichtigt werden die Informationen, wenn die
 Ware nicht gesund und von handelsüblicher Qualität ist
 oder wenn der Angebotspreis nur eine geringe, für den
 Markt nicht repräsentative Menge betrifft. Außerdem sind
 Angebotspreise auszuschließen, die als für die tatsächliche
 Markttendenz nicht repräsentativ gelten.

Um vergleichbare Angaben für Melasse der Standardqua-
 lität zu erhalten, müssen die Preise je nach Qualität der
 angebotenen Melasse nach Maßgabe der in Anwendung
 von Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68
 erzielten Ergebnisse erhöht oder verringert werden.

Ein repräsentativer Preis kann ausnahmsweise während
 eines begrenzten Zeitraums auf unveränderter Höhe
 beibehalten werden, wenn der Angebotspreis, der als
 Grundlage für die vorangegangene Festsetzung des reprä-
 sentativen Preises gedient hat, der Kommission nicht zur
 Kenntnis gelangt ist und die vorliegenden, offenbar für
 die effektive Markttendenz nicht repräsentativen Ange-
 botspreise zu plötzlichen und erheblichen Änderungen
 des repräsentativen Preises führen würden.

Besteht zwischen dem Auslöschungspreis für das fragliche
 Erzeugnis und dem repräsentativen Preis ein Unterschied,
 so sind nach Maßgabe von Artikel 3 der Verordnung (EG)
 Nr. 1422/95 zusätzliche Einfuhrzölle festzusetzen. Bei
 Aussetzung der Einfuhrzölle gemäß Artikel 5 der Verord-
 nung (EG) Nr. 1422/95 sind für diese Zölle besondere
 Beträge festzusetzen.

Aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergibt sich,
 daß die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle
 bei der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse nach
 Maßgabe des Anhangs dieser Verordnung festzusetzen
 sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
 entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
 schusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei
 der Einfuhr der Erzeugnisse des Artikels 1 der Verord-
 nung (EG) Nr. 1422/95 werden entsprechend dem
 Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 145 vom 27. 6. 1968, S. 12.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission
 Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr von Melasse im Zuckersektor

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Bei der Einfuhr je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses im Fall der Aussetzung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 anzuwendender Betrag ⁽²⁾
1703 10 00 ⁽¹⁾	9,08	—	0,00
1703 90 00 ⁽¹⁾	11,58	—	0,00

⁽¹⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68.

⁽²⁾ Dieser Betrag ersetzt gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 den für diese Erzeugnisse festgesetzten Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

VERORDNUNG (EG) Nr. 740/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 94/96 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 80 000 Tonnen Roggen der dänischen Inter-
ventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94⁽⁴⁾, festgelegt.Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr. 94/96
der Kommission⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 517/96⁽⁶⁾, vorgesehene letzte Teilausschreibung auf
einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht inner-
halb der von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 94/96 erhält
folgende Fassung:„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung läuft am 23. Mai 1996, 9.00 Uhr (Brüsseler Zeit)
aus.“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 18 vom 24. 1. 1996, S. 6.⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 77 vom 27. 3. 1996, S. 4.

VERORDNUNG (EG) Nr. 741/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 96/96 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 50 000 Tonnen Gerste der deutschen Interven-
tionsstelle zur Verarbeitung in Griechenland

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94⁽⁴⁾, festgelegt.

Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr. 96/96
der Kommission⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 516/96⁽⁶⁾, vorgesehene letzte Teilausschreibung auf
einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.

Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht inner-
halb der von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 96/96 erhält
folgende Fassung:

„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 23. Mai 1996, 9 Uhr (Ortszeit
Brüssel).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 18 vom 24. 1. 1996, S. 11.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 77 vom 27. 3. 1996, S. 3.

VERORDNUNG (EG) Nr. 742/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 97/96 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 89 000 Tonnen Gerste der dänischen Interven-
tionsstelle zur Verarbeitung in Sardinien**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94⁽⁴⁾, festgelegt.Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr. 97/96
der Kommission⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 518/96⁽⁶⁾, vorgesehene letzte Teilausschreibung auf
einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht inner-
halb der von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 97/96 erhält
folgende Fassung:„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 23. Mai 1996, 9 Uhr (Brüsseler Zeit).“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 18 vom 24. 1. 1996, S. 15.
⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 77 vom 27. 3. 1996, S. 5.

VERORDNUNG (EG) Nr. 743/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 98/96 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 320 000 Tonnen Roggen der deutschen Inter-
ventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1863/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission ⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94 ⁽⁴⁾, festgelegt.

Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr. 98/96
der Kommission ⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 519/96 ⁽⁶⁾, vorgesehene letzte Teilausschreibung auf
einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.

Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht inner-
halb der von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 98/96 erhält
folgende Fassung:

„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 23. Mai 1996, 9.00 Uhr (Brüsseler
Zeit).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 18 vom 24. 1. 1996, S. 19.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 77 vom 27. 3. 1996, S. 6.

VERORDNUNG (EG) Nr. 744/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 110/96 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 180 000 Tonnen Gerste der deutschen Inter-
ventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1863/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission ⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94 ⁽⁴⁾, festgelegt.

Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr. 110/96
der Kommission ⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 520/96 ⁽⁶⁾, vorgesehene letzte Teilausschreibung auf
einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.

Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht inner-
halb der von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 110/96 erhält
folgende Fassung:

„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 23. Mai 1996, 9 Uhr (Brüsseler Zeit).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 19 vom 25. 1. 1996, S. 20.
⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 77 vom 27. 3. 1996, S. 7.

VERORDNUNG (EG) Nr. 745/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 des Rates über Vorkehrungen gegenüber bestimmten Begünstigten der vom EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1469/95 des Rates vom 22. Juli 1995 über Vorkehrungen gegenüber bestimmten Begünstigten der vom EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 wurde eine Gemeinschaftsregelung eingeführt, um in den Bereichen Ausschreibungen, Ausfuhrerstattungen und Verkäufe von verbilligten Interventionserzeugnissen Marktbeteiligte, bei denen aufgrund der bisherigen Erfahrung hinsichtlich der Erfüllung früherer Verpflichtungen das Risiko der Unzuverlässigkeit besteht, identifizieren und allen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sowie der Kommission unverzüglich zur Kenntnis bringen zu können. Die Anwendung dieser Regelung ist auf Marktbeteiligte beschränkt, die vorsätzlich oder grob fahrlässig eine Unregelmäßigkeit zum Nachteil des Gemeinschaftshaushalts begangen haben oder gegen die diesbezüglich ein begründeter Verdacht besteht. Auf dieser Grundlage sind je nach Schwere des Verstoßes und je nachdem, ob es sich um einen festgestellten oder einem vermuteten Verstoß handelt, verschiedene Maßnahmen zu treffen, die von verstärkten Kontrollen bis zum Ausschluß der betreffenden Marktbeteiligten von noch zu bestimmenden Geschäften reichen, wenn feststeht, daß sie tatsächlich betrügerisch gehandelt haben.

Einige der für diese Regelung zu erlassenden Durchführungsbestimmungen, insbesondere die Definition des Begriffs „Unregelmäßigkeit“ gemäß Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1469/95, die Bestimmung der betroffenen Marktbeteiligten gemäß Artikel 5 zweiter Gedankenstrich derselben Verordnung sowie die Vorschriften über die Verjährung, können nunmehr auf die einschlägigen horizontalen Bestimmungen der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates vom 18. Dezember 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften⁽²⁾ Bezug nehmen. Was die erforderlichen Präzisierungen zu den Fällen eines begründeten Verdachts auf Unregelmäßigkeit betrifft, die die Anwendung der Regelung nach sich ziehen, so ist der Begriff „erste amtliche oder gerichtliche Feststellung“ im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 zu definieren. Um zu bestimmen, ob es sich bei der Unregelmäßigkeit um eine vollendete oder versuchte, vorsätzliche oder grob

fahrlässige Tat handelt, sollten die Mitgliedstaaten jedoch ihre einschlägigen einzelstaatlichen Bestimmungen anwenden.

Um diese Regelung reibungslos durchführen zu können, ist ihre Anwendung auf Unregelmäßigkeiten eines bestimmten Ausmaßes zu beschränken; dies berührt jedoch nicht die Pflicht der Mitgliedstaaten, allen Unregelmäßigkeiten vorzubeugen und sie zu verfolgen. Im Hinblick auf eine möglichst einheitliche Anwendung der Maßnahmen, die im Fall einer vermuteten oder erwiesenen Unregelmäßigkeit zu treffen sind, müssen der Anwendungsbereich dieser Maßnahmen sowie die Kriterien für ihre Dauer festgelegt werden.

Es sind Bestimmungen zum Inhalt und zur Behandlung der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 gemachten Mitteilungen zu erlassen. Diese müssen auch sicherstellen, daß Marktbeteiligte, bei denen kein begründeter Verdacht auf Unregelmäßigkeit mehr besteht oder für die die Anwendungsdauer der gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 getroffenen Maßnahmen abgelaufen ist, unverzüglich aus dem vorliegenden geschlossenen und vertraulichen Identifikations- und Mitteilungssystem gestrichen werden.

Schließlich sind gemäß Artikel 5 dritter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 die Bedingungen festzulegen, nach denen in Fällen, in denen keine der Vorschußregelungen im Sinne von Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 der Kommission vom 22. Juli 1985 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Sicherheiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3403/93⁽⁴⁾, Anwendung findet, die Aussetzung der Zahlungen durch die Hinterlegung einer Sicherheit vermieden werden kann.

Die Informationen, die gemäß der mit der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 geschaffenen Regelung ausgetauscht werden, betreffen vor allem natürliche Personen. Für diese Regelung gelten daher die Grundsätze für den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten, wie sie sich aus den Bestimmungen der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr⁽⁵⁾ sowie sinngemäß aus den diesbezüglichen Bestimmungen der Regelung über die gegenseitige Amtshilfe in Zoll- und Agrarfragen ergeben.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) —

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 145 vom 29. 6. 1995, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 205 vom 3. 8. 1985, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 310 vom 14. 12. 1993, S. 4.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 281 vom 23. 11. 1995, S. 31.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Kapitel I: Begriffsbestimmungen

Artikel 1

(1) Für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 ist unter „Unregelmäßigkeit“ im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) der genannten Verordnung jeglicher Verstoß gegen eine Bestimmung des Gemeinschaftsrechts in den in Artikel 1 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Bereichen zu verstehen, der sich aus einer Handlung oder Unterlassung eines Marktbeteiligten ergibt und zum Nachteil des EAGFL, Abteilung Garantie, gereicht oder gereichen würde.

(2) Die „erste amtliche oder gerichtliche Feststellung“ im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 ist die erste schriftliche, unter Umständen nur interne Bewertung einer zuständigen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörde, in der diese anhand konkreter Tatsachen auf das Vorliegen einer vorsätzlich oder grob fahrlässig begangenen Unregelmäßigkeit schließt, wobei die Möglichkeit offen bleibt, daß dieser Schluß aufgrund des weiteren Verlaufs des Verwaltungs- bzw. Gerichtsverfahrens revidiert oder zurückgezogen werden muß.

(3) Im Sinne dieser Verordnung sind

- a) „Marktbeteiligte A“ die Marktbeteiligten gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95,
- b) „Marktbeteiligte B“ die Marktbeteiligten gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b) derselben Verordnung.

Bei der Anwendung der mit der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 eingeführten Regelung wird jederzeit angegeben, ob es sich um einen „Marktbeteiligten A“ oder einen „Marktbeteiligten B“ handelt.

(4) Für die Anwendung von Artikel 1 Absatz 2, Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 sowie der Bestimmungen der vorliegenden Verordnung werden den Marktbeteiligten A bzw. B diejenigen Personen gleichgestellt, die im Sinne von Artikel 7 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 an der Begehung einer Unregelmäßigkeit mitgewirkt haben, die für eine Unregelmäßigkeit haften oder die dafür zu sorgen haben, daß sie nicht begangen wird.

(5) Die Mitgliedstaaten wenden ihre einschlägigen einzelstaatlichen Bestimmungen an, um zu bestimmen, ob es sich bei der Unregelmäßigkeit um eine vollendete oder versuchte, vorsätzliche oder grob fahrlässige Tat handelt.

Kapitel II: Anwendungsbereich

Artikel 2

(1) Unbeschadet der Verpflichtung der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.

729/70 des Rates⁽¹⁾, allen Unregelmäßigkeiten vorzubeugen und sie zu verfolgen, findet die Verordnung (EG) Nr. 1469/95 nur in den Fällen Anwendung, in denen es sich um eine Unregelmäßigkeit handelt, die als solche oder zusammen mit anderen innerhalb eines Jahres von demselben Marktbeteiligten begangenen Unregelmäßigkeiten einen Betrag von über 100 000 ECU betrifft oder betreffen könnte.

(2) Die in Absatz 1 genannte Jahresfrist beginnt am Tag der Vollendung der ersten Unregelmäßigkeit.

Artikel 3

(1) Wird gegenüber einem Marktbeteiligten A oder B die Maßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 getroffen, so findet diese — abgesehen von besonders begründeten Ausnahmefällen — auf alle Geschäfte des Marktbeteiligten in jedem Bereich gemäß Artikel 1 Absatz 1 der genannten Verordnung Anwendung.

(2) Die Maßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 findet nur auf denjenigen Bereich gemäß Artikel 1 Absatz 1 derselben Verordnung und nur auf denjenigen Erzeugnis-sektor Anwendung, in denen die vollendete oder versuchte Unregelmäßigkeit festgestellt wurde.

(3) Im Fall der Maßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 nehmen die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten eine Prüfung jedes Einzelfalls vor und bestimmen den oder die betroffenen Bereiche und Erzeugnissektoren, wobei sie das Risiko möglicher weiterer Unregelmäßigkeiten und insbesondere folgende Umstände angemessen berücksichtigen:

- den Stand der Ermittlungen, je nachdem, ob es sich um einen Marktbeteiligten A oder B handelt,
- den Umfang seiner Geschäfte auf dem Gebiet des EAGFL,
- den Betrag der von der festgestellten bzw. vermuteten Unregelmäßigkeit betroffenen Gemeinschaftsmittel,
- die Schwere der Unregelmäßigkeit, je nachdem, ob diese vollendet oder nur versucht wurde und ob dies vorsätzlich oder grob fahrlässig geschah.

(4) Die Anwendungsdauer der zu treffenden Maßnahme bzw. Maßnahmen wird ebenfalls aufgrund der Kriterien von Absatz 3 festgesetzt.

Die Anwendungsdauer der Maßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 beträgt mindestens, von besonders begründeten Ausnahmefällen abgesehen, sechs Monate und höchstens fünf Jahre.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

Artikel 4

Nimmt die Kommission bei Ausschreibungen selbst die Vergabe vor, so kann sie einen Bieter nicht berücksichtigen, wenn ein Mitgliedstaat ihr mitgeteilt hat, daß es sich um einen Marktbeteiligten A handelt.

Für den so von der Kommission beschlossenen Ausschluß eines Marktbeteiligten gelten dieselben Vorschriften wie für die von einem Mitgliedstaat beschlossene Maßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95. Was die vorherige Anhörung des Marktbeteiligten betrifft, so gibt ihm die Kommission Gelegenheit, innerhalb von zwei Monaten von ihm als zweckdienlich erachtete Bemerkungen zu machen.

Kapitel III: Inhalt und Behandlung der gegenseitigen Mitteilungen*Artikel 5*

(1) Jeder Mitgliedstaat benennt eine einzige zuständige Behörde, die die in Absatz 2 genannten Mitteilungen erstattet und entgegennimmt. Diese Behörde übermittelt ihre Mitteilungen der Kommission, die sie an die zuständigen Behörden der übrigen Mitgliedstaaten weiterleitet.

(2) Die gemäß Absatz 1 ausgetauschten Mitteilungen sind vertraulich und enthalten folgende Angaben:

- die Identifizierung der in Artikel 1 Absatz 4 genannten natürlichen oder juristischen Personen, gegenüber denen eine oder mehrere der Maßnahmen gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 getroffen wurden, mit der Angabe, ob es sich um Marktbeteiligte A oder B handelt,
- eine knappe Darstellung der konkreten Tatsachen, aufgrund deren die Maßnahme bzw. die Maßnahmen getroffen wurden, sowie den Stand der Ermittlungen, sofern diese noch nicht abgeschlossen sind,
- die Maßnahme bzw. die Maßnahmen, die vom betreffenden Mitgliedstaat getroffen wurden,
- die Bezugnahme auf Mitteilungen, die gegebenenfalls bereits aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 1468/81 des Rates⁽¹⁾, der Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates⁽²⁾ oder der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 gemacht wurden.

Die Kommission vereinbart mit den Mitgliedstaaten ein einheitliches Formular, das von den zuständigen Behörden im Sinne von Absatz 1 für diese Mitteilungen zu verwenden ist.

(3) Jede Mitteilung wird unverzüglich erstattet. Sie wird von der zuständigen Behörde, die sie gemacht hat, ergänzt, wenn die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaats über die Kommission oder die Kommission selbst zwecks Anwendung von Artikel 6 zusätzliche

Informationen anfordert oder wenn sich neue ins Gewicht fallende Tatsachen oder Änderungen ergeben.

Artikel 6

Wenn ein Mitgliedstaat und die Kommission eine Mitteilung gemäß Artikel 5 Absatz 2 erhalten, entscheiden sie unverzüglich nach den Kriterien gemäß Artikel 3 über die Maßnahmen, die gegenüber dem oder den betroffenen Marktbeteiligten bezüglich derjenigen seiner oder ihrer Geschäfte zu treffen sind, die unter seine bzw. ihre jeweiligen Zuständigkeiten fallen.

Die Mitgliedstaaten teilen gemäß Artikel 5 die getroffenen Maßnahmen der Kommission mit, die ihrerseits den erstmeldenden Mitgliedstaat darüber informiert.

Artikel 7

(1) Die Marktbeteiligten B werden aus dem Identifikations- und Mitteilungssystem gestrichen und die ihnen gegenüber getroffenen Maßnahmen unverzüglich aufgehoben sobald sich die erste Bewertung gemäß Artikel 1 Absatz 2 als unbegründet herausstellt.

(2) Teilt ein Mitgliedstaat der Kommission mit, daß sich bei weiteren Ermittlungen herausgestellt hat, daß eine natürliche oder juristische Person, deren Name ihr gemäß Artikel 5 Absatz 1 mitgeteilt wurde, nicht an einer Unregelmäßigkeit beteiligt war, so setzt die Kommission die übrigen Mitgliedstaaten unverzüglich hierüber in Kenntnis. Diese unterrichten ihrerseits unverzüglich diejenigen, denen sie diese personenbezogenen Daten im Hinblick auf die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 mitgeteilt hatten.

Diese Person wird alsdann nicht mehr als eine Person behandelt, die laut der ersten Mitteilung an der betreffenden Unregelmäßigkeit beteiligt ist.

(3) Jeder Marktbeteiligte wird aus dem Identifikations- und Mitteilungssystem gestrichen, sobald für ihn der Anwendungszeitraum der betreffenden Maßnahme im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 abgelaufen ist.

Kapitel IV: Schlußbestimmungen*Artikel 8*

(1) Die Ausschlußmaßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 findet auf Unregelmäßigkeiten keine Anwendung, die vor Inkrafttreten der genannten Verordnung begangen worden sind.

(2) Die in Absatz 1 genannte Maßnahme kann nur innerhalb von vier Jahren, nachdem die betreffende Unregelmäßigkeit begangen wurde, getroffen werden. Im übrigen finden die Vorschriften über die Verjährung gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 Anwendung.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 144 vom 2. 6. 1981, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11.

Artikel 9

(1) Falls die Maßnahme gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 getroffen und keine der Vorschußregelungen im Sinne von Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 angewandt wird, sind die Mitgliedstaaten zur Tätigkeit der ausgesetzten Zahlung berechtigt, sobald eine Sicherheit in gleicher Höhe zuzüglich 15 % geleistet wurde.

(2) Die Sicherheit verfällt zugunsten des EAGFL-Garantie, sobald für das betreffende Geschäft die Unregelmäßigkeit durch eine rechtskräftige Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidung im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 festgestellt worden ist.

Des weiteren verfällt sie, wenn sich herausstellt, daß aus anderen Gründen als dem Vorliegen einer Unregelmäßigkeit kein Rechtsgrund für die ausgesetzte Zahlung besteht.

Liegt keiner dieser Gründe für den Verfall vor, wird die Garantie für das betreffende Geschäft unverzüglich freigegeben.

(3) Im übrigen gelten für die in Absatz 1 genannte Sicherheit, die als Vorschußsicherheit im Sinne von Titel IV der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 gilt, die Bestimmungen derselben Verordnung.

Artikel 10

(1) Zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 treffen die Mitgliedstaaten alle zweckdienliche Vorkehrungen, um

- a) intern eine effiziente Koordinierung zwischen ihren betroffenen Behörden und insbesondere eine rasche Benachrichtigung derjenigen Behörden sicherzustellen, die mit der Anwendung der getroffenen vorbeugenden Maßnahmen betraut sind;
- b) zwischen der jeweiligen gemäß Artikel 5 Absatz 1 eigens zu diesem Zweck benannten Behörde und der Kommission eine direkte und wirksame Zusammenarbeit zu begründen.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission bis zum 1. Oktober 1996 die gemäß Absatz 1 getroffenen Vorkehrungen mit.

Artikel 11

(1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission treffen — jeweils für den sie betreffenden Teil des Systems — alle geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Sicherheit des vorliegenden Identifikations- und Mitteilungssystems notwendig sind. Diese Maßnahmen sollen insbesondere verhindern, daß Unbefugte Zugang zu den Daten, Datenträgern oder Datenverarbeitungsanlagen erhalten.

(2) Die Mitgliedstaaten und die Kommission behandeln das Identifikations- und Mitteilungssystem als ein System zur Verarbeitung personenbezogener Daten und gewährleisten die Anwendung der Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten gemäß Artikel 4 Absatz 2 fünfter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1469/95 und gemäß der Richtlinie 95/46/EG.

(3) Die einzelnen Mitgliedstaaten und die Kommission haften — jeweils für den sie betreffenden Teil des Systems — nach den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Verfahren bzw. nach den entsprechenden Gemeinschaftsbestimmungen für Schäden, die einer Person durch eine unrechtmäßige Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Identifikations- und Mitteilungssystems entstehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Schaden dadurch entstanden ist, daß der Mitgliedstaat oder die Kommission im Widerspruch zu dieser Verordnung unrichtige Daten geliefert oder unrichtige Daten in das Identifikations- und Mitteilungssystem eingegeben hat.

(4) Die Kommission veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* eine Mitteilung über die Einrichtung des Identifikations- und Mitteilungssystems.

Artikel 12

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Juli 1996.

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 746/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates vom 30. Juni 1992 für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2772/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die mit der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 eingeführte Regelung wurde im Wege von Umweltprogrammen durchgeführt, die von den Mitgliedstaaten und deren Regionen ausgearbeitet wurden.

In der Anfangsphase der Ausarbeitung und Durchführung der Umweltprogramme hat sich gezeigt, daß noch eine Reihe von allgemeinen Fragen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten gelöst werden muß. Damit die Umweltmaßnahme unionsweit effizient durchgeführt wird, sollten diese Fragen durch Erlaß von Durchführungsbestimmungen, im vorgegebenen Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92, geklärt werden.

Diese Durchführungsbestimmungen sollten sich auf die zur Zeit auf Gemeinschaftsebene zu regelnden Fragen beschränken und nicht etwa alle Fragen erschöpfend regeln, die bei der Durchführung und Abwicklung von Agrarumweltprogrammen auftreten.

Diese Verordnung berührt nicht den breiten Ermessensspielraum, über den die Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 hinsichtlich der Festlegung der für die verschiedenen Situationen und natürlichen Bedingungen am besten geeigneten Agrarumweltprogramme sowie bei der Festlegung der Beihilfevoraussetzungen im einzelnen gemäß Artikel 5 der genannten Verordnung verfügen.

Eine Reihe von Voraussetzungen für die Beihilfegewährung sollte festgelegt werden, die von den Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung und Durchführung ihrer Agrarumweltprogramme zu erfüllen sind. Diese Voraussetzungen gründen sich auf die Genehmigungspraxis für die Umweltprogramme, welche die Kommission bislang im Einvernehmen mit den Mitgliedstaaten geübt hat.

Normalerweise sollten gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 die von den Landwirten einzugehenden wesent-

lichen Verpflichtungen über die bloße Befolgung der Grundsätze der guten landwirtschaftlichen Praxis hinausgehen und insbesondere eine wesentliche Reduzierung des Einsatzes ertragssteigernder Produktionsmittel gewährleisten, unbeschadet der Notwendigkeit, die Landwirte bei der Aufrechterhaltung der Landwirtschaft in schwierigen Gebieten zu unterstützen, der Erfüllung neuer Umweltschutzaufgaben bzw. der Beibehaltung bereits eingeführter Umweltschutzmaßnahmen.

Bei der Durchführung der Agrarumweltschutzprogramme sollte gewährleistet sein, daß die Umweltmaßnahmen mit anderen gemeinschaftspolitischen Maßnahmen im Einklang stehen, so insbesondere mit der die Landwirtschaft betreffenden Umweltpolitik und der Politik zur Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Insbesondere sollten jedwede Überkompensation durch die Kombination von Beihilfen sowie andere Unvereinbarkeiten mit den festgelegten Verpflichtungen vermieden werden.

Der Inhalt der Umweltschutzprogramme in der Landwirtschaft sollte der Entwicklung der Agrar- und der Umweltpolitik der Gemeinschaft Rechnung tragen.

Die Festlegung der von den Landwirten im Rahmen ihrer Verpflichtungen einzuhaltenden Mindestbedingungen sollte eine ausgewogene Durchführung der Umweltmaßnahmen im Hinblick auf die Ziele der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 sicherstellen.

Es empfiehlt sich, die Regeln für die Beihilfeberechnung zu präzisieren.

Hinsichtlich der Durchführung der Verpflichtung haben die Mitgliedstaaten eine Reihe von übergeordneten Fragen aufgeworfen. Es sollten daher entsprechende gemeinsame Vorschriften erlassen werden, um die notwendige Flexibilität zu gewährleisten und insbesondere Ereignissen Rechnung zu tragen, die sich auf die für fünf Jahre eingegangenen Verpflichtungen auswirken könnten, ohne dabei die Tragfähigkeit der Regelung zu beeinträchtigen.

Verwaltung, Begleitung und Kontrolle der Agrarumweltschutzmaßnahmen können durch Verwaltungsvorschriften erleichtert werden. Der Einfachheit halber sollten sich diese Bestimmungen nach Möglichkeit auf bestehende Vorschriften stützen, so auf das Integrierte Kontroll- und Verwaltungssystem gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3235/94⁽⁴⁾.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 85.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 288 vom 1. 12. 1995, S. 35.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 355 vom 5. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1994, S. 16.

Aufgrund der Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin⁽¹⁾, insbesondere aufgrund deren Artikel 6 Absatz 3, ist die Kommission gehalten, eine Regelung für die finanzielle Begleitung einzuführen, die es ihr gestattet, im Rahmen des Haushaltsdisziplin-Frühwarnsystems zu reagieren, um die Einhaltung der Agrarleitlinie sicherzustellen.

Eine im wesentlichen neue Regelung, wie sie gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 eingeführt wurde, erfordert von den Mitgliedstaaten und der Kommission einen besonderen Bewertungs- und Begleitungsaufwand. Bewertung und Begleitung sollten eine rasche Aufdeckung eventueller Mängel bei der Durchführung der Umweltprogramme ermöglichen, die gegebenenfalls angepaßt werden müssen, um die betreffenden Umweltmaßnahmen besser an den besonderen Erfordernissen auszurichten und so zu gewährleisten, daß die Ziele der genannten Verordnung erreicht werden.

Landwirte, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, sollten die ausgezahlten Beihilfen rückerstatten müssen und mit Sanktionen belegt werden, wobei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren ist. Bei der Bemessung dieser Sanktionen sollten die Mitgliedstaaten der Tatsache Rechnung tragen, daß die Erfüllung mancher Verpflichtungen besonders schwer systematisch zu kontrollieren ist.

Die Vorschriften dieser Verordnung betreffend Erstattungen und Sanktionen lassen die entsprechenden allgemeinen Bestimmungen der Verordnungen (EWG) Nr. 595/91 des Rates⁽²⁾ und (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates⁽³⁾ unberührt.

Da die vorliegende Verordnung die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1405/94 der Kommission vom 20. Juni 1994 über die finanzielle Überwachung der gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren genehmigten Programme⁽⁴⁾ übernimmt, ist die Verordnung (EG) Nr. 1405/94 aufzuheben.

Die Übergangsvorschriften sollten sicherstellen, daß die Vorschriften dieser Verordnung die bereits eingegangenen Verpflichtungen nicht inhaltlich berühren. Was die Verwaltungsvorschriften betrifft, so sollten sie auf laufende Verpflichtungen angewendet werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für Agrarstruktur und Entwicklung des ländlichen Raums —

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 293 vom 12. 11. 1994, S. 14.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 312 vom 23. 12. 1995, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 154 vom 21. 6. 1994, S. 12.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE BEIHILFEGEWÄHRUNG

Artikel 1

Grundsatz

Beihilfen für landwirtschaftliche Betriebe gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 werden für Verpflichtungen gewährt, die positive Auswirkungen auf die Umwelt und den natürlichen Lebensraum haben. Unter Berücksichtigung der in Artikel 1 der genannten Verordnung dargelegten Ziele dienen diese Verpflichtungen dazu, die Erzeugungsmethoden besser mit den Anforderungen des Umweltschutzes in Einklang zu bringen und auf diese Weise zur Verbesserung guter fachlicher Praxis in der Landwirtschaft beizutragen.

Artikel 2

Erfüllung der Gemeinschaftsvorschriften

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die Agrarumweltschutzmaßnahmen mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind. Sie gewährleisten bei der Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Evaluierung der Maßnahmen das Zusammenwirken der für die Erreichung der in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 vorgesehenen Ziele zuständigen Stellen.

(2) Bei der Festlegung des Inhalts der einzelnen Verpflichtungen sowie der Höhe der einzelnen Beihilfen berücksichtigen die Mitgliedstaaten vor allem:

- die gemeinsamen Marktorganisationen und insbesondere die Regeln über die Produktionsbeschränkungen der verschiedenen Erzeugnisse;
- die Gemeinschaftsvorschriften für Qualitätserzeugnisse und Erzeugnisse aus ökologischem Landbau;
- die spezifischen gemeinschaftlichen Umweltschutzbestimmungen für die Landwirtschaft.

(3) Soweit erforderlich, werden die Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft mit Blick auf Umweltaspekte in den gemeinschaftlichen Marktregelungen für die einzelnen Erzeugnisse angepaßt.

Artikel 3

Umwandlung von Acker- in Weideflächen

Die Verpflichtung eines Landwirts, Ackerflächen in Extensivweideflächen umzuwandeln (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92), umfaßt mindestens die Verpflichtung, ein Viehbesatzäquivalent auf der Umwandlungsfläche einzuhalten, das für einen Zeitraum von zwölf Monaten zu ermitteln ist und keinesfalls mehr als 1,4 GVE/ha betragen darf.

*Artikel 4***Extensivierung**

Die Verpflichtung eines Landwirts zur Extensivierung der tierischen Erzeugung (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92) umfaßt mindestens folgende Auflagen:

- der anfängliche maximale Viehbesatz als Beihilfemesungsgrundlage darf höchstens 4,5 GVE/ha Futterfläche betragen;
- der von dem Mitgliedstaat festgesetzte maximale Viehbesatz, der vor Ablauf des ersten Jahres der Verpflichtung erreicht und bis zum Ende der Verpflichtung beibehalten werden muß, darf in keinem Fall 2 GVE/ha Futterfläche überschreiten;
- die Extensivierung geschieht nicht unter Ausweitung des intensiv bewirtschafteten Teils der betrieblichen Futteranbauflächen;
- die Viehbestände werden in dem Betrieb auf sämtliche Futterflächen gleichmäßig aufgeteilt, damit es weder zur Überweidung noch zur Unternutzung kommt.

Unter Berücksichtigung der besonderen Lage der betreffenden Gebiete setzen die Mitgliedstaaten eine Schwelle fest, unterhalb deren eine Extensivierung uninteressant oder umweltpolitisch bedenklich ist.

*Artikel 5***Längenmaße**

Sofern die Verpflichtungen hinsichtlich anderer, mit den Belangen des Umwelt- und Landschaftsschutzes vereinbarere Produktionsverfahren (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92) normalerweise in Längenmaßen gemessen werden, können zur Beihilfeberechnung die sich aus laufenden Metern ergebenden Kosten im Rahmen des Umweltprogramms in Hektaräquivalent umgerechnet werden. Bei der sich daraus ergebenden Hektarbeihilfe sind die Höchstbeträge gemäß Artikel 4 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 für die gesamte Betriebsfläche einzuhalten.

*Artikel 6***Aufgegebene Flächen**

(1) Eine landwirtschaftliche Nutzfläche kann als aufgegeben betrachtet werden (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92), wenn sie mindestens drei Jahre hintereinander vor dem Eingehen der Verpflichtung nicht Gegenstand der landwirtschaftlichen Nutzung oder eines landwirtschaftlichen Eingriffs war

und im gleichen Zeitraum auch kein Fruchtfolgeglied war.

(2) Eine forstwirtschaftliche Nutzfläche kann als aufgegeben betrachtet werden (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92), wenn sie mindestens zehn Jahre hintereinander vor dem Eingehen der Verpflichtung nicht Gegenstand der forstlichen Nutzung oder eines unerläßlichen forstlichen Eingriffs war, der Zustand der betreffenden Nutzfläche aufgrund der mangelnden Pflege die Umwelt gefährdet und der Eigentümer der betreffenden Fläche nicht gezwungen werden kann, diese Pflegearbeiten durchzuführen.

(3) Die Beihilfe zur Pflege aufgebener land- oder forstwirtschaftlicher Flächen ist grundsätzlich auf Landwirte beschränkt. Ist kein Landwirt dazu bereit, so ist die Gewährung der Beihilfe an besondere Bedingungen zu knüpfen, die von den Mitgliedstaaten festgelegt werden. Arbeiten, die eine öffentliche Stelle aus eigenen Mitteln durchführt, sind nicht beihilfefähig. Der Eigentümer forstwirtschaftlicher Flächen, der nicht Landwirt ist, kann nicht in den Genuß einer solchen Beihilfe zur Pflege kommen.

*Artikel 7***Umweltbedingte Stilllegung**

Die Umweltmaßnahme der langfristigen Stilllegung (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92) ist nicht auf Extensivweiden anwendbar, es sei denn, die Flächenstilllegung im Rahmen der Anlegung von Biotopen, Naturparks oder von Gewässerschutzmaßnahmen ist umweltpolitisch vorteilhafter als die Erhaltung der Extensivweide.

*Artikel 8***Lehrgänge, Praktika und Demonstrationsvorhaben**

(1) Die im Rahmen von Lehrgängen, Praktika und Demonstrationsvorhaben (Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92) anfallenden Kosten für dauerhafte Ausrüstungen kommen nur anteilig zur Nutzung dieser Ausrüstungen für die betreffenden Lehrgänge, Praktika und Demonstrationsvorhaben für eine Kofinanzierung in Frage.

(2) Die Demonstrationsvorhaben (Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92) dienen dem Nachweis der Durchführbarkeit neuer landwirtschaftlicher Techniken, die zuvor bereits erprobt wurden und zu konkreten Ergebnissen geführt haben. Die Erprobungs- und Entwicklungskosten kommen nicht für eine Gemeinschaftsbeihilfe in Frage.

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die Ergebnisse der Demonstrationsvorhaben in geeigneter Weise verbreitet werden.

*Artikel 9***Festsetzung der Beihilfen**

(1) Die Mitgliedstaaten setzen den als Anreiz (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 dienenden Teilbetrag der Beihilfe anhand objektiver Kriterien fest. Dieser Teilbetrag darf keinesfalls 20 % der Einkommenseinbußen und der aufgrund der Verpflichtung anfallenden Zusatzkosten überschreiten, außer wenn sich bei einzelnen Verpflichtungen ein höherer Satz als unerlässlich erweist, um eine wirksame Anwendung der betreffenden Verpflichtung sicherzustellen. Ein derartiger höherer Satz ebenso wie etwaige Differenzierungen des als Anreiz dienenden Teilbetrags sind im Hinblick auf die Gesamtheit der Zielsetzungen der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 hinreichend zu begründen.

(2) Sieht ein Mitgliedstaat für dieselben Agrarumweltschutzmaßnahmen sowohl Beihilfen für die Aufrechterhaltung als auch Beihilfen für die Einführung dieser Maßnahmen vor, so ist die Beihilfe für die Aufrechterhaltung gegenüber der Beihilfe für die Einführung zu differenzieren, sofern eine solche Differenzierung durch die Einkommenseinbußen, die Zusatzkosten und den Teilbetrag gerechtfertigt ist.

(3) Die Kosten für die Vorbereitung eines Beihilfeantrags sind bei der Festsetzung des Beihilfebetrags nicht zu berücksichtigen.

*Artikel 10***Kombination von Beihilfen**

(1) Für dieselbe Verpflichtung können nicht zugleich aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 und aufgrund einer anderen gemeinschaftlichen Beihilferegelung Beihilfeansprüche geltend gemacht werden.

In diesem Zusammenhang

- sind Agrarumweltschutzmaßnahmen auf stillgelegten Flächen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates ⁽¹⁾ nur dann beihilfefähig, wenn die Verpflichtungen über die geeigneten Umweltschutzmaßnahmen gemäß Artikel 7 Absatz 3 der genannten Verordnung hinausgehen;
- muß im Fall der Extensivierung im Rindersektor die Beihilfe der Zusatzprämie gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe h) der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates ⁽²⁾ Rechnung tragen;
- darf für Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft in Betrieben, die gemäß den Artikeln 17, 18 und 19 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates ⁽³⁾ für eine Ausgleichsbeihilfe in Frage kommen, nur dann eine Beihilfe gewährt werden, wenn die Verpflichtungen über die Voraussetzungen für die

Gewährung der Ausgleichsbeihilfen gemäß Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe c) der genannten Verordnung hinausgehen.

(2) Die verschiedenen Beihilfen betreffend die in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 vorgeschriebenen Verpflichtungen können miteinander sowie mit anderen Beihilfen kombiniert werden, sofern die mit diesen Verpflichtungen verbundenen Auflagen einander ergänzen und miteinander vereinbar sind.

Im Fall einer solchen Kombination muß die Höhe der Beihilfe den Einkommenseinbußen oder besonderen Zusatzkosten aufgrund einer solchen Kombination Rechnung tragen.

Eine Beihilfe für die langfristige Flächenstillegung (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f) der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92) ist nicht kumulierbar mit einem Ausgleich der Einkommenseinbußen aufgrund von Aufforstungsmaßnahmen (Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/92 des Rates ⁽⁴⁾).

KAPITEL II

ERFÜLLUNG DER VERPFLICHTUNGEN

*Artikel 11***Betriebsübergang**

(1) Überträgt ein Begünstigter während des Verpflichtungszeitraums seinen Betrieb ganz oder teilweise auf einen anderen, so kann dieser die Verpflichtung für den restlichen Zeitraum übernehmen. Erfolgt eine solche Übernahme nicht, so ist der Begünstigte verpflichtet, den empfangenen Betrag gemäß Artikel 20 Absatz 1 zurückerstatten. Die Mitgliedstaaten können auf eine solche Erstattung verzichten, falls ein Begünstigter, der seine Verpflichtungen bereits drei Jahre lang erfüllt hat, seine landwirtschaftliche Tätigkeit endgültig aufgibt und sich die Übernahme seiner Verpflichtungen durch einen Nachfolger als nicht durchführbar erweist.

Die Mitgliedstaaten können besondere Maßnahmen ergreifen, um bei geringfügigen Änderungen der betrieblichen Situation zu vermeiden, daß die Anwendung des ersten Unterabsatzes mit Blick auf die eingegangenen Verpflichtungen zu unangemessenen Ergebnissen führen würde.

(2) Ist der Begünstigte infolge von Flurbereinigungsverfahren oder anderweitigen, ähnlichen öffentlichen Bodenordnungsverfahren an der Erfüllung seiner eingegangenen Verpflichtungen gehindert, so treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Vorkehrungen, um die Verpflichtungen an die neue Lage des Betriebs anzupassen. Erweist sich eine solche Anpassung als unmöglich, so endet die Verpflichtung, ohne daß für den tatsächlichen Verpflichtungszeitraum eine Rückzahlung gefordert wird.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 12.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992, S. 96.

*Artikel 12***Höhere Gewalt**

(1) Unbeschadet besonderer Umstände, die im Einzelfall zu berücksichtigen sind, können die Mitgliedstaaten insbesondere folgende Fälle als höhere Gewalt anerkennen:

- a) Tod des Betriebsinhabers;
- b) länger andauernde Berufsunfähigkeit des Betriebsinhabers;
- c) Enteignung eines wesentlichen Teils des Betriebs, soweit sie am Tag des Eingangs der Verpflichtung nicht vorherzusehen war;
- d) schwere Naturkatastrophe, die die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebs erheblich in Mitleidenenschaft zieht;
- e) unfallbedingte Zerstörung der Stallungen des Betriebsinhabers;
- f) Seuchenbefall des Tierbestandes des Betriebsinhabers oder eines Teils davon.

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die Fälle, die sie als Fälle höherer Gewalt anerkennen.

(2) Fälle höherer Gewalt sind mit den entsprechenden von den zuständigen Behörden anerkannten Nachweisen der zuständigen Behörde innerhalb von zehn Arbeitstagen nach dem Zeitpunkt, ab dem der Betriebsinhaber hierzu in der Lage ist, schriftlich mitzuteilen.

*Artikel 13***Umwandlung der Verpflichtung**

Die Mitgliedstaaten können die Umwandlung einer Verpflichtung in eine andere während des laufenden Verpflichtungszeitraums genehmigen, sofern

- eine solche Umwandlung unzweifelhafte Vorteile für die Umwelt mit sich bringt;
- die bereits eingegangene Verpflichtung erheblich verschärft wird und
- die betreffenden Maßnahmen in dem genehmigten Umweltprogramm enthalten sind.

Unter den Voraussetzungen des ersten Unterabsatzes, erster und zweiter Gedankenstrich, kann auch die Übertragung einer Verpflichtung von der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 auf die Verordnung (EWG) Nr. 2080/92 genehmigt werden. Die Verpflichtung aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 erlischt, ohne daß eine Rückzahlung gefordert wird.

KAPITEL III

VERWALTUNGSBESTIMMUNGEN

*Artikel 14***Verpflichtungs- und Zahlungsmodalitäten**

(1) Der Zeitpunkt des Beginns des Verpflichtungszeitraums ist in der Verpflichtungserklärung des Begünstigten

in einer Weise festzusetzen, die wirkungsvolle Kontrollen gestattet. Dieser Zeitpunkt darf keinesfalls vor dem Zeitpunkt der Stellung des Ersatzantrags liegen.

(2) Die Beihilfen sind den Begünstigten — außer in besonders begründeten Fällen — zumindest in jährlichen Raten zu zahlen. Sie sind innerhalb einer von dem Mitgliedstaat festzusetzenden Frist auszuzahlen. Diese Frist ist auf spätestens vier Monate nach Ende des Zeitraums, für den die Zahlung geleistet werden muß, festzusetzen.

(3) Soweit die Beihilfen den Begünstigten zumindest einmal jährlich ausgezahlt werden, sind die auf das erste Jahr der Antragstellung folgenden Zahlungen auf der Grundlage eines jährlichen Auszahlungsantrags zu leisten. In jedem Fall muß der Begünstigte die bereits eingetretenen oder geplanten Änderungen seiner Verpflichtung mindestens jährlich mitteilen.

*Artikel 15***Information und Publizität**

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die Umweltschutzmaßnahmen in geeigneter Weise bekanntgemacht werden, damit

- die potentiellen Begünstigten und die Berufsverbände für die spezifischen Ziele der Umweltschutzmaßnahmen sensibilisiert und auf die gebotenen Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden;
- den Begünstigten und der Öffentlichkeit die Rolle der Gemeinschaft im Rahmen dieser gemeinschaftlichen Beihilferegelung bewußt gemacht wird.

*Artikel 16***Begleitung und Bewertung**

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen für die Begleitung und Bewertung der Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft.

(2) Die Begleitung soll Aufschluß darüber geben, inwieweit die eingegangenen Verpflichtungen tatsächlich erfüllt wurden. Sie ermöglicht eine etwa erforderliche Neuausrichtung der Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft aufgrund der im Laufe der Durchführung zutage getretenen Erfordernisse.

(3) Die Bewertung der Umweltschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft, bei der den Zielen der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 sowie den spezifischen Zielen der betreffenden Umweltmaßnahmen Rechnung zu tragen ist, betrifft sozioökonomische, landwirtschaftliche und umweltpolitische Aspekte. Ihre Ausgestaltung richtet sich nach den in dem Gebiet der Anwendung zu beobachtenden Tendenzen und Besonderheiten.

(4) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die Pläne, Methoden und Ergebnisse der Begleitung und Bewertung der verschiedenen Umweltmaßnahmen in der Landwirtschaft.

Artikel 17

Finanzielle Begleitung

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln gemäß der Tabelle in Anhang I zum 15. April und 15. Oktober des jeweiligen Haushaltsjahres die Angaben über den Stand der Durchführung der gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 genehmigten Programme. Sie unterscheiden dabei gegebenenfalls zwischen Regionen des Ziels Nr. 1 und anderen Regionen. Diese Informationen müssen spätestens 45 Tage nach den genannten Daten bei der Kommission eingehen.

(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission ferner vierteljährlich die Schätzung der Ausgaben gemäß der Tabelle des Anhangs II.

Diese Schätzung muß der Kommission spätestens am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember zugehen.

Artikel 18

Änderung der Programme

Unbeschadet des Artikels 3 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 ist jede Programmänderung zu begründen. Bei Beantragung einer Programmänderung ist insbesondere folgendes anzugeben:

- die Gründe und etwa aufgetretene Schwierigkeiten bei der Durchführung, die eine Programmanpassung rechtfertigen;
- die voraussichtlichen Auswirkungen der Änderungen;
- die Auswirkungen auf die Finanzierung und die Kontrollen der Verpflichtungen.

Artikel 19

Kontrollen

(1) Die Kontrollen der Erstanträge auf Inanspruchnahme der Regelung und die aufeinanderfolgenden Zahlungsanträge werden so durchgeführt, daß zuverlässig geprüft werden kann, ob die Beihilfevoraussetzungen vorliegen. Je nach Maßgabe der Art der Verpflichtung bestimmen die Mitgliedstaaten die für die Kontrolle erforderlichen Methoden und Mittel ebenso wie die zu kontrollierenden Personen. Die Mitgliedstaaten greifen, soweit es zweckdienlich ist, auf das durch die Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 eingeführte integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem zurück.

(2) Es werden Verwaltungskontrollen und Kontrollen vor Ort durchgeführt.

(3) Die Verwaltungskontrolle wird erschöpfend durchgeführt und umfaßt Gegenkontrollen der Parzellen und

Tiere, die Gegenstand einer Verpflichtung sind — unter anderem in allen geeigneten Fällen anhand der Daten des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, um jede ungerechtfertigte doppelte Beihilfegewährung für dasselbe Durchführungsjahr zu vermeiden. Auch die Erfüllung der fünfjährigen Verpflichtung muß kontrolliert werden.

(4) Die Kontrollen vor Ort werden gemäß den Artikeln 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 3887/92 der Kommission⁽¹⁾ durchgeführt. Sie erstrecken sich jährlich auf mindestens 5 % der Begünstigten, wodurch alle in den Umweltprogrammen aufgeführten unterschiedlichen Typen von Verpflichtungen erfaßt werden.

Soweit möglich, sind alle Verpflichtungen eines Begünstigten Gegenstand einer Kontrolle. Falls notwendig, werden Kontrollen spezifischer Verpflichtungen zu verschiedenen Zeiten des Jahres gemacht.

(5) Die Identifizierung der Flächen und Tiere erfolgt gemäß den Artikeln 4 und 5 der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92.

Für den Fall, daß der Zahlungsantrag Teil des Beihilfeantrags „Flächen“ des integrierten Systems ist, schreibt der Mitgliedstaat vor, daß eine Parzelle, für die eine Beihilfe gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 beantragt wird, in dem Beihilfeantrag „Flächen“ des Integrierten Systems gesondert ausgewiesen wird.

Artikel 20

Erstattung und Sanktionen

(1) Bei zu Unrecht gezahlten Beträgen ist der betreffende Betriebsinhaber zur Rückzahlung dieser Beträge verpflichtet, zuzüglich der Zinsen, die für den Zeitraum zwischen der Zahlung und der Rückzahlung durch den Begünstigten anfallen.

Der anzuwendende Zinssatz wird gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts festgesetzt, darf jedoch in keinem Fall den bei der Rückforderung nationaler Beträge geltenden Zinssatz unterschreiten.

Bei zu Unrecht verfolgten Zahlungen, die auf einem Irrtum der zuständigen Behörde beruhen, brauchen keinerlei Zinsen gezahlt zu werden, oder allenfalls ein vom Mitgliedstaat festzulegender Betrag in Höhe der zu Unrecht erhaltenen Vergünstigung.

Die Mitgliedstaaten können jedoch beschließen, daß der vorgenannte Betrag nicht zurückgezahlt zu werden braucht und statt dessen vom ersten Vorschuß bzw. der ersten Zahlung nach dem Rückforderungsbescheid an den betreffenden Betriebsinhaber abgezogen wird. Nach der Unterrichtung des Begünstigten von der ungerechtfertigten Zahlung werden keine Zinsen erhoben.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 391 vom 31. 12. 1992, S. 36.

Die Mitgliedstaaten können je Betriebsinhaber und je Kalenderjahr auf die Rückzahlung eines Betrages von weniger als 100 ECU verzichten, sofern im jeweiligen einzelstaatlichen Recht ähnliche Bestimmungen über die Nichtwiedereinziehung in derartigen Fällen vorgesehen sind.

(2) Die Mitgliedstaaten bestimmen ihr System der Sanktionen für Verstöße gegen die einschlägigen Verpflichtungen und Vorschriften und treffen alle gebotenen Maßnahmen zur ihrer Vollstreckung. Die Ahndung soll wirkungsvoll, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten informieren die Kommission über ihr Sanktionssystem.

(3) Im Fall falscher Angaben, die absichtlich oder aufgrund grober Fahrlässigkeit gemacht wurden, wird der betreffende Betriebsinhaber von der Gewährung jedweder Beihilfe aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 ausgeschlossen. Für die Dauer von zwei Jahren kann er keine neue Umweltschutzverpflichtung mehr eingehen. Diese Sanktion gilt unbeschadet zusätzlicher Sanktionen nach den Vorschriften der Mitgliedstaaten.

KAPITEL IV

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 21

Staatliche Beihilfen

Diese Verordnung gilt unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verord-

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

nung (EWG) Nr. 2078/92 weitere Beihilfen zu gewähren. Die Genehmigung solcher Beihilfen durch die Kommission wird von dieser Verordnung nicht berührt.

Artikel 22

Die Verordnung (EG) Nr. 1405/94 wird aufgehoben.

Artikel 23

(1) Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

(2) Die Artikel 1 bis 10 gelten nur für Verpflichtungen, die ab dem 1. Januar 1997 eingegangen werden.

Die Artikel 11 bis 14, 19 und 20 gelten ab dem 1. Januar 1997. Für bereits vor diesem Zeitpunkt eingegangene Verpflichtungen gelten diese Artikel nur für die von diesem Zeitpunkt an vorgenommenen Handlungen und eingetretenen Ereignisse.

(3) Die Mitgliedstaaten passen erforderlichenfalls ihre Umweltprogramme an die Bestimmungen dieser Verordnung an und teilen sie der Kommission bis zum 30. September 1996 mit. Erhebt die Kommission innerhalb von drei Monaten ab ihrem Eingang keine Einwände, so werden diese Anpassungen als mit dieser Verordnung im Einklang befindlich erachtet.

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG I

Im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 zu übermittelnde Angaben

Mitgliedstaat:

Umweltprogramm:

Ziel-1-Gebiete/andere Gebiete (Unzutreffendes streichen):

Angewandte Regelung (genau angeben):

Beantragungszeitraum:

Dauer der einzelnen Verpflichtung (Jahre):

Anzahl der noch anstehenden Beihilfeanträge:

	Kumulativer Stand zum ...	Zeitraum vom ... ⁽²⁾		Aktualisierter kumulativer Stand zum ...
		Verzichtserklärungen und Abgänge wegen auslaufender Verträge	Neue Verpflichtungen	
I. Nach Prüfung genehmigte Anträge				
a) Zahl der Begünstigten, deren Antrag genehmigt wurde				
b) Anzahl				
— Hektar ⁽¹⁾				
— GVE ⁽¹⁾ für die eine Verpflichtung eingegangen wurde				
c) Durchschnittliche beihilfefähige Jahresprämie				
— je Hektar ⁽¹⁾				
— je GVE ⁽¹⁾				
II. Haushaltskosten für die genehmigten Anträge	Bis 15. 10. 199... Haushaltsjahr (t) ⁽²⁾	Haushaltsjahr (t+1)	Haushaltsjahr (t+2)	Haushaltsjahr (t+3)
a) Dem aktuellen Stand der Kumulation entsprechender Gesamtbetrag (Schätzung),				Haushaltsjahr (t+4)
b) davon EAGFL-Garantie				

⁽¹⁾ Je nach zu meldender Beihilferegelung.⁽²⁾ Berichtszeitraum für die Meldung des Stands zum 15. 4. ist der Zeitraum vom 16. 10. des jeweiligen Vorjahres bis zum 15. 4. des laufenden Jahres. Berichtszeitraum für die Meldung des Stands zum 15. 10. ist der Zeitraum vom 16. 4. bis zum 15. 10. des laufenden Jahres.⁽³⁾ Das für die Meldung des Stands zum 15. 4. geltende Haushaltsjahr (t) ist das laufende Haushaltsjahr. Das für die Meldung des Stands zum 15. 10. geltende Haushaltsjahr (t) ist das gerade abgelaufene Haushaltsjahr.

ANHANG II

Im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 zu übermittelnde Vorausschau der Ausgaben

Mitgliedstaat:

Mitteilung vom (¹) ...

	Haushaltsjahre	
	Bis 15. 10. 19 .. (Haushaltsjahr t)	Haushaltsjahr (t + 1)
A. Voraussichtlich insgesamt für eine Gemeinschaftsbeihilfe in Betracht kommende Ausgaben (in Landeswährung) davon in Ziel-1-Gebieten		
B. Ausgaben zu Lasten der EAGFL-Garantie		

(¹) Datum angeben.

Anmerkungen:

1. Die Vorausschau darf nicht beschränkt sein auf die definitiv genehmigten Anträge, sondern soll auch den anderen voraussichtlichen Zahlungen Rechnung tragen.
2. Das Haushaltsjahr (t) ist das laufende Haushaltsjahr.

VERORDNUNG (EG) Nr. 747/96 DER KOMMISSION

vom 24. April 1996

zur Aussetzung des bei der Einfuhr von großblütigen Rosen mit Ursprung in Marokko zu erhebenden Präferenzzolls und Wiedereinführung des Zolls des Gemeinsamen Zolltarifs

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4088/87 des Rates vom 21. Dezember 1987 zur Festlegung der Bedingungen für die Anwendung von Präferenzzöllen bei der Einfuhr bestimmter Waren des Blumenhandels aus Marokko, Jordanien, Israel und Zypern⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 539/96⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 4088/87 wurden die Durchführungsbestimmungen für einen Präferenzzoll festgelegt, der im Rahmen eines jährlich zu eröffnenden Zollkontingents für die Einfuhr von frischen Schnittblumen in die Gemeinschaft auf großblütige Rosen, kleinblütige Rosen, einblütige (Standard) Nelken und mehrblütige (Spray) Nelken zu erheben ist.

Die Verordnung (EG) Nr. 1981/94 des Rates⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 585/96⁽⁴⁾, betrifft die Eröffnung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Blüten und Blütenknospen, geschnitten, frisch, mit Ursprung in Zypern, Jordanien, Israel bzw. Marokko.

Nach Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 4088/87 gilt einerseits für ein bestimmtes Erzeugnis und ein bestimmtes Ursprungsland der Präferenzzoll nur dann, wenn der Preis des eingeführten Erzeugnisses mindestens 85 v. H. des gemeinschaftlichen Erzeugerpreises beträgt, und wird andererseits der Präferenzzoll, von Ausnahmefällen abgesehen, ausgesetzt und stattdessen der Zoll des Gemeinsamen Zolltarifs für ein bestimmtes Erzeugnis und ein bestimmtes Ursprungsland eingeführt,

- a) wenn die Preise des eingeführten Erzeugnisses während zweier aufeinanderfolgender Markttag bei mindestens 30 v. H. der Mengen, für welche Notierungen auf den repräsentativen Einfuhrmärkten vorliegen, weniger als 85 v. H. des gemeinschaftlichen Erzeugerpreises betragen oder
- b) wenn die Preise des eingeführten Erzeugnisses während fünf bis sieben aufeinanderfolgender Markttag bei mindestens 30 v. H. der Mengen, für welche Notierungen auf den repräsentativen Einfuhrmärkten vorliegen, sich abwechselnd oberhalb und unterhalb

der Schwelle von 85 v. H. des gemeinschaftlichen Erzeugerpreises bewegen und während dreier Tage der betreffenden Zeitspanne unter dieser Schwelle liegen.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2524/95 der Kommission⁽⁵⁾ wurden zur Anwendung dieser Regelung die gemeinschaftlichen Erzeugerpreise für Nelken und Rosen festgesetzt.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 700/88 der Kommission⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2917/93⁽⁷⁾, wurden die diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen erlassen.

Die mit Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates⁽⁸⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁹⁾, festgelegten repräsentativen Marktkurse werden bei der Umrechnung der in den Drittlandswährungen ausgedrückten Beträge berücksichtigt. Außerdem werden sie bei der Bestimmung der den Währungen der Mitgliedstaaten entsprechenden landwirtschaftlichen Umrechnungskurse zugrunde gelegt. Die für diese Umrechnungen erforderlichen Durchführungsbestimmungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission⁽¹⁰⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2853/95⁽¹¹⁾, erlassen.

Gemäß den in Übereinstimmung mit den Verordnungen (EWG) Nr. 4088/87 und (EWG) Nr. 700/88 getroffenen Feststellungen ist der Schluß zu ziehen, daß die Bedingungen nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 4088/87 für die Aussetzung des Präferenzzolls für großblütige Rosen mit Ursprung in Marokko erfüllt sind, und ist der Zoll des Gemeinsamen Zolltarifs wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der mit der Verordnung (EG) Nr. 1981/94 festgesetzte, bei der Einfuhr von großblütigen Rosen (KN-Codes ex 0603 10 11 und ex 0603 10 51) mit Ursprung in Marokko zu erhebende Präferenzzoll wird ausgesetzt und der Zoll des Gemeinsamen Zolltarifs wiedereingeführt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1987, S. 22.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 79 vom 29. 3. 1996, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 199 vom 2. 8. 1994, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 84 vom 3. 4. 1996, S. 8.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 42.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 72 vom 18. 3. 1988, S. 16.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 264 vom 23. 10. 1993, S. 33.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 299 vom 12. 12. 1995, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 748/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Festsetzung der im Sektor Reis geltenden Einfuhrzölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des
Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Markt-
organisation für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 3072/95 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1573/95 der
Kommission vom 30. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
stimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des
Rates betreffend die Erhebung von Einfuhrzöllen im
Reissektor ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 321/96 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76
werden bei der Einfuhr der in Artikel 1 derselben Verord-
nung genannten Erzeugnisse die Zölle des Gemeinsamen
Zolltarifs erhoben. Bei den Erzeugnissen von Absatz 2
desselben Artikels entsprechen die Zölle jedoch dem bei
ihrer Einfuhr geltenden Interventionsankaufspreis, erhöht
um den bei der Einfuhr von geschältem oder vollständig
geschliffenem Indica- oder Japonica-Reis unterschied-
lichen Prozentsatz und vermindert um den auf die betref-
fende Lieferung anwendbaren cif-Einfuhrpreis. Dieser
Zoll darf jedoch den Satz des Gemeinsamen Zolltarifs
nicht überschreiten.

Gemäß Artikel 12 Absatz 4 der genannten Verordnung
wird der cif-Einfuhrpreis unter Zugrundelegung der für

das betreffende Erzeugnis geltenden Weltmarktpreise
berechnet.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1573/95 wurden die Durch-
führungsbestimmungen erlassen, die sich auf die Verord-
nung (EWG) Nr. 1418/76 beziehen und die im Sektor
Reis geltenden Zölle betreffen.

Die Einfuhrzölle gelten, bis eine Neufestsetzung in Kraft
tritt, außer wenn in den zwei Wochen vor der folgenden
Festsetzung keine Notierung der in Anhang I der Verord-
nung (EG) Nr. 1573/95 genannten Referenz vorliegt.

Damit sich die Einfuhrzölle reibungslos anwenden lassen,
sollten zu ihrer Berechnung die in einem Bezugszeitraum
festgestellten Marktkurse zugrunde gelegt werden.

Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1573/95 hat
die Festsetzung der Zölle gemäß den Anhängen der
vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Sektor Reis gemäß Artikel 12 Absätze 1 und 2 der
Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 anwendbaren Einfuhr-
zölle werden in Anhang I unter Zugrundelegung der im
Anhang II angegebenen Bestandteile festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 329 vom 30. 12. 1995, S. 18.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 150 vom 1. 7. 1995, S. 53.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 45 vom 23. 2. 1996, S. 3.

ANHANG I

zur Verordnung der Kommission vom 24. April 1996 zur Festsetzung der Einfuhrzölle für
Reis und Bruchreis

(in ECU/Tonne)

KN-Code	Zoll (%)				
	Drittländer (außer AKP-Staaten und Bangladesch) ⁽¹⁾ ⁽²⁾	AKP-Staaten Bangladesch ⁽¹⁾ ⁽²⁾ ⁽³⁾ ⁽⁴⁾	Basmati Indien ⁽⁵⁾ (Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1573/95)	Basmati Pakistan ⁽⁶⁾ (Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1573/95)	Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 ⁽⁷⁾
1006 10 21	(⁹)	150,76			
1006 10 23	(⁹)	150,76			
1006 10 25	(⁹)	150,76			
1006 10 27	(⁹)	150,76			—
1006 10 92	(⁹)	150,76			
1006 10 94	(⁹)	150,76			
1006 10 96	(⁹)	150,76			
1006 10 98	(⁹)	150,76			—
1006 20 11	267,54	129,43			
1006 20 13	267,54	129,43			
1006 20 15	267,54	129,43			
1006 20 17	346,12	168,72	96,12	296,12	—
1006 20 92	267,54	129,43			
1006 20 94	267,54	129,43			
1006 20 96	267,54	129,43			
1006 20 98	346,12	168,72	96,12	296,12	—
1006 30 21	520,64	245,41			
1006 30 23	520,64	245,41			
1006 30 25	520,64	245,41			
1006 30 27	(⁹)	290,59			—
1006 30 42	520,64	245,41			
1006 30 44	520,64	245,41			
1006 30 46	520,64	245,41			
1006 30 48	(⁹)	290,59			—
1006 30 61	520,64	245,41			
1006 30 63	520,64	245,41			
1006 30 65	520,64	245,41			
1006 30 67	(⁹)	290,59			—
1006 30 92	520,64	245,41			
1006 30 94	520,64	245,41			
1006 30 96	520,64	245,41			
1006 30 98	(⁹)	290,59			—
1006 40 00	(⁹)	90,38			

(¹) Vorbehaltlich der Anwendung der Vorschriften der Artikel 12 und 13 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 715/90 des Rates (ABl. Nr. L 84 vom 30. 3. 1990, S. 85).

(²) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 wird bei der unmittelbaren Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in das überseeische Departement Réunion kein Zoll erhoben.

(³) Der bei der Einfuhr von Reis in das überseeische Departement Réunion zu erhebende Zoll ist in Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 festgesetzt.

(⁴) Bei der Einfuhr von Reis, ausgenommen Bruchreis (KN-Code 1006 40 00), mit Ursprung in Bangladesch gilt der im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 3491/90 des Rates (ABl. Nr. L 337 vom 4. 12. 1990, S. 1) und der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 862/91 der Kommission (ABl. Nr. L 88 vom 9. 4. 1991, S. 7) festgelegte Zoll.

- (⁵) Bei der Einfuhr von Reis der Sorte „aromatisierter, langkörniger Basmati“ gilt der im Rahmen der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 des Rates (ABl. Nr. L 361 vom 20. 12. 1986, S. 1) festgelegte Zoll.
- (⁶) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 des geänderten Beschlusses 91/482/EWG des Rates (ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1991, S. 1) werden Erzeugnisse mit Ursprung in überseeischen Ländern und Gebieten zollfrei eingeführt.
- (⁷) Für nicht gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 eingeführten geschälten Reis der Sorte Basmati, der seinen Ursprung in Indien hat, wird eine Ermäßigung um 250 ECU/t berücksichtigt (Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1573/95).
- (⁸) Für nicht gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 eingeführten geschälten Reis der Sorte Basmati, der seinen Ursprung in Pakistan hat, wird eine Ermäßigung um 50 ECU/t berücksichtigt (Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1573/95).
- (⁹) Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

ANHANG II

Berechnung des im Sektor Reis zu erhebenden Einfuhrzolls

	Paddy	Indica		Japonica		Reisbruch
		Geschält	Geschliffen	Geschält	Geschliffen	
1. Einfuhrzoll (ECU/t) (¹)	(²)	346,12	611,00	267,54	520,64	(¹)
2. Berechnungsbestandteile						
a) cif-Preis Arag (\$/t)	—	380,37	387,89	480,00	505,00	—
b) fob-Preis (\$/t)	—	—	—	450,00	475,00	—
c) Frachtkosten (\$/t)	—	—	—	30,00	30,00	—
d) Quelle	—	USDA	USDA	Operator	Operator	—

(¹) Diese Einfuhrzölle werden bei einer Einfuhr im Monat nach ihrer Festsetzung gemäß Artikel 4 Absatz 1 vierter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1573/95 angepaßt.

(²) Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

VERORDNUNG (EG) Nr. 749/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst
und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der
Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchfüh-
rungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von
Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 2933/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4
Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des
Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen
Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien
sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in
ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume
festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im
Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94
genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle
im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 24. April 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)			
KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis	
0702 00 20	052	97,0	0805 30 20	052	128,2	
	060	80,2		204	88,8	
	064	59,6		220	74,0	
	066	41,7		388	87,3	
	068	62,3		400	66,7	
	204	92,8		512	54,8	
	208	44,0		520	66,5	
	212	97,5		524	100,8	
	624	119,8		528	74,9	
	999	77,2		600	71,7	
	0707 00 15	052		97,0	624	84,0
053		156,2	999	81,6		
060		61,0	0808 10 61, 0808 10 63, 0808 10 69	052	64,0	
066		53,8		064	78,6	
068		69,1		284	75,5	
204		144,3		388	73,9	
624		87,1		400	74,3	
999		95,5		404	72,7	
0709 10 10		220		123,5	416	72,7
		999		123,5	508	93,3
0709 90 75	052	72,5		512	70,7	
	204	77,5		524	85,1	
	412	54,2	528	80,2		
	624	199,7	624	86,5		
	999	101,0	728	107,3		
0805 10 11, 0805 10 15, 0805 10 19	052	44,8	800	78,0		
	204	42,2	804	87,4		
	208	58,0	999	80,0		
	212	71,7	0808 20 37	039	90,4	
	220	53,3		052	138,2	
	388	40,5		064	72,5	
	400	39,9		388	67,3	
	436	41,6		400	78,2	
	448	27,4		512	68,0	
	528	53,6		528	75,8	
	600	56,5		624	79,0	
	624	44,0		728	115,4	
	625	36,7		800	55,8	
	999	46,9		804	112,9	
				999	86,7	

(1) Nomenklatur der Länder gemäß Verordnung (EG) Nr. 3079/94 der Kommission (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 750/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Sirupe und einige andere Erzeugnisse
des Zuckersektors in unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des
Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Markt-
organisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 1101/95⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 17 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr in unverändertem
Zustand für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse auf
dem Zuckersektor anzuwenden sind, wurden durch die
Verordnung (EG) Nr. 558/96 der Kommission⁽³⁾, geän-
dert durch die Verordnung (EG) Nr. 629/96⁽⁴⁾, festge-
setzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EG) Nr. 558/96
enthaltenen Vorschriften, Kriterien und Durchführungs-

bestimmungen auf die Angaben, über die die Kommis-
sion gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die gegenwärtig
geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend dem
Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die zu gewährende Erstattung bei der Ausfuhr in unver-
ändertem Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben
d), f) und g) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81
genannten Erzeugnisse, festgesetzt im Anhang der geän-
derten Verordnung (EG) Nr. 558/96, wird gemäß den im
Anhang zu dieser Verordnung genannten Beträgen abge-
ändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 80 vom 30. 3. 1996, S. 25.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 89 vom 10. 4. 1996, S. 26.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 24. April 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Sirupe und einige andere Erzeugnisse des Zuckersektors in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung
	— ECU/100 kg Trockenstoff —
1702 40 10 100	39,50 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1702 60 10 000	39,50 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1702 60 90 200	75,05 ⁽³⁾ ⁽⁵⁾
	— ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1702 60 90 800	0,3950 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
	— ECU/100 kg Trockenstoff —
1702 90 30 000	39,50 ⁽²⁾ ⁽³⁾
	— ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1702 90 60 000	0,3950 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
1702 90 71 000	0,3950 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
1702 90 99 900	0,3950 ⁽¹⁾ ⁽³⁾ ⁽⁴⁾
	— ECU/100 kg Trockenstoff —
2106 90 30 000	39,50 ⁽²⁾ ⁽³⁾
	— ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
2106 90 59 000	0,3950 ⁽¹⁾ ⁽³⁾

⁽¹⁾ Der Grundbetrag gilt nicht für Sirupe mit einer Reinheit von weniger als 85 v. H. (Verordnung (EWG) Nr. 394/70). Der Saccharosegehalt wird gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 394/70 bestimmt.

⁽²⁾ Nur auf die in Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1469/77 genannten Erzeugnisse anwendbar.

⁽³⁾ Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

⁽⁴⁾ Der Grundbetrag gilt nicht für das im Anhang unter Punkt 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3513/92 beschriebene Erzeugnis (ABl. Nr. L 355 vom 5. 12. 1992, S. 12).

⁽⁵⁾ Anwendbar nur auf die in Artikel 13b der Verordnung (EWG) Nr. 394/70 genannten Erzeugnisse.

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1) bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 751/96 DER KOMMISSION
vom 24. April 1996
zur Festsetzung der im Sektor Getreide geltenden Zölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des
Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Markt-
organisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 1863/95⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1502/95 der
Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
stimmungen zur Anwendung der Verordnung (EWG)
Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der im Sektor
Getreide geltenden Zölle im Wirtschaftsjahr 1995/96⁽³⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 346/
96⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92
werden bei der Einfuhr der in Artikel 1 derselben Verord-
nung genannten Erzeugnisse die Zölle des gemeinsamen
Zolltarifs erhoben. Bei den Erzeugnissen von Absatz 2
desselben Artikels entsprechen die Zölle jedoch dem bei
ihrer Einfuhr geltenden Interventionspreis, erhöht um
55 % und vermindert um den auf die betreffende Liefere-
rung anwendbaren cif-Einfuhrpreis.

Gemäß Artikel 10 Absatz 3 der genannten Verordnung
wird der cif-Einfuhrpreis unter Zugrundelegung der für
das betreffende Erzeugnis geltenden repräsentativen Welt-
marktpreise berechnet.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1502/95 wurden die Durch-
führungsbestimmungen erlassen, die sich auf die Verord-

nung (EWG) Nr. 1766/92 beziehen und die im Wirt-
schaftsjahr 1995/96 im Sektor Getreide geltenden Zölle
betreffen.

Die Einfuhrzölle gelten, bis eine Neufestsetzung in Kraft
tritt, außer wenn in den zwei Wochen vor der folgenden
Festsetzung keine Notierung der in Anhang II der
Verordnung (EG) Nr. 1502/95 genannten Bezugsbörsen
vorliegt.

Damit sich die Einfuhrzölle reibungslos anwenden lassen,
sollten ihrer Berechnung die in repräsentativen Bezugs-
zeiträumen festgestellten Marktkurse zugrunde gelegt
werden.

Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1502/95 hat
die Festsetzung der Zölle gemäß dem Anhang zur vorlie-
genden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Sektor Getreide gemäß Artikel 10 Absatz 2 der
Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 anwendbaren Zölle
werden in Anhang I unter Zugrundelegung der im
Anhang II derselben Verordnung angegebenen Bestand-
teile festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 25. April 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. April 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 147 vom 30. 6. 1995, S. 13.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 49 vom 28. 2. 1996, S. 5.

ANHANG I

Die im Sektor Getreide gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 geltenden Zölle

KN-Code	Warenbezeichnung	Bei der Einfuhr aus Häfen des Mittelmeerraums, des schwarzen Meeres und der Ostsee auf dem Land-, Fluß- oder Seeweg zu erhebender Zoll (ECU/t)	Bei der Einfuhr aus anderen Häfen auf dem Seeweg zu erhebender ^(?) Zoll (ECU/t)
1001 10 00	Hartweizen ⁽¹⁾	5,47	0,00
1001 90 91	Weichweizen, zur Aussaat	0,00	0,00
1001 90 99	Weichweizen hoher Qualität, anderer als zur Aussaat ⁽²⁾	0,00	0,00
	mittlerer Qualität	0,00	0,00
	niederer Qualität	0,00	0,00
1002 00 00	Roggen	41,12	31,12
1003 00 10	Gerste, zur Aussaat	41,12	31,12
1003 00 90	Gerste, andere als zur Aussaat ⁽²⁾	41,12	31,12
1005 10 90	Mais, zur Aussaat, anderer als Hybridmais	42,53	32,53
1005 90 00	Mais, anderer als zur Aussaat ⁽²⁾	42,53	32,53
1007 00 90	Körner-Sorghum, zur Aussaat, anderer als Hybrid-Körner-Sorghum	41,12	31,12

⁽¹⁾ Auf Hartweizen, der den Mindestmerkmalen gemäß Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1502/95 nicht genügt, wird der für Weichweizen niederer Qualität geltende Zoll erhoben.

⁽²⁾ Für Ware, die über den Atlantik nach der Gemeinschaft geliefert wird (siehe Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1502/95), kann der Zoll ermäßigt werden um

— 3 ECU/t, wenn sie in einem Hafen im Mittelmeerraum entladen wird, oder

— 2 ECU/t, wenn sie in einem Hafen in Irland, im Vereinigten Königreich, in Dänemark, Schweden, Finnland oder an der Atlantikküste der Iberischen Halbinsel entladen wird.

⁽³⁾ Der Zoll kann pauschal um 14 oder 8 ECU/t ermäßigt werden, wenn die Bedingungen nach Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1502/95 erfüllt sind.

ANHANG II

Berechnungsbestandteile (Zeitraum vom 10. 4. 1996 bis 23. 4. 1996):

1. Durchschnitt der zwei Wochen vor der Festsetzung:

Börsennotierung	Minneapolis	Kansas City	Chicago	Chicago	Mid America	Mid America
Erzeugnis (% Eiweiß, 12 % Feuchtigkeit)	HRS2. 14 %	HRW2. 11 %	SRW2	YC3	HAD2	US barley 2
Notierung (ECU/t)	170,33	179,38	172,04	142,08	190,11 ⁽¹⁾	154,47 ⁽²⁾
Golf-Prämie (ECU/t)	37,54	23,81	23,66	10,98	—	—
Prämie/große Seen (ECU/t)	—	—	—	—	—	—

⁽¹⁾ Fob Duluth.

⁽²⁾ Fob Golf.

2. Fracht/Kosten: Golf von Mexiko-Rotterdam: 11,25 ECU/t. Große Seen/St. Laurent-Rotterdam: 23,88 ECU/t.

3. Zuschüsse (Artikel 4 Absatz 2 dritter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1502/95: 0,00 ECU/t).

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 22. April 1996

zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, gemäß dem Verfahren in Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG Verbrauchsteuerermäßigungen oder -befreiungen auf Mineralöle mit bestimmten Verwendungszwecken zu gewähren oder beizubehalten

(96/273/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 92/81/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 zur Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Mineralöle⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 4,

auf Vorschlag der Kommission⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG kann der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig einen Mitgliedstaat ermächtigen, aus besonderen politischen Erwägungen Verbrauchsteuerermäßigungen oder -befreiungen für Mineralöle einzuführen.

Einige Mitgliedstaaten haben der Kommission ihre Absicht mitgeteilt, bestimmte Befreiungen oder Ermäßigungen beizubehalten, die in ihren jeweiligen Steuervorschriften bereits vorgesehen sind, oder neue Befreiungen oder Ermäßigungen einzuführen; in beiden Fällen sollte das Verfahren nach Artikel 8 Absatz 4 zur Anwendung kommen.

Die übrigen Mitgliedstaaten wurden hiervon unterrichtet.

Die Kommission wie auch alle Mitgliedstaaten sind der Auffassung, daß diese Befreiungen und Ermäßigungen aufgrund besonderer politischer Zielsetzungen gerechtfertigt sind und nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen oder das Funktionieren des Binnenmarktes beeinträchtigen.

Die Ermäßigungen und Befreiungen werden von der Kommission fortlaufend überprüft, um ihre Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt oder der Umweltschutzpolitik der Gemeinschaft zu gewährleisten.

Gemäß Artikel 8 Absatz 6 der Richtlinie 92/81/EWG prüft der Rat die Lage bis zum 31. Dezember 1996 auf der Grundlage eines Berichts der Kommission —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG werden folgende Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 1996 unbeschadet ihrer Verpflichtungen aus der Richtlinie 92/82/EWG⁽³⁾ ermächtigt, die nachstehend genannten Verbrauchsteuerermäßigungen oder -befreiungen einzuführen oder beizubehalten:

1. Italienische Republik:

- Ermäßigung des Verbrauchsteuersatzes auf in der Region Friaul — Julisch Venetien verbrauchtes Benzin,
- Befreiung von der Verbrauchsteuer auf Mineralöle, die bei der Herstellung von Tonerde auf Sardinien als Brennstoff eingesetzt werden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 316 vom 31. 10. 1992, S. 12. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/74/EG (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 46).

⁽²⁾ ABl. Nr. C 215 vom 5. 8. 1994, S. 19.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 316 vom 31. 10. 1992, S. 19. Richtlinie geändert durch die Richtlinie 94/74/EG (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 46).

2. Republik Österreich:

Verbrauchssteuerermäßigung oder -befreiung

- für Erdgas,
- für Methan.

sofern die betreffenden Sätze die in den Gemeinschaftsvorschriften vorgesehenen Mindestsätze für die Verbrauchssteuer auf Mineralöle nicht unterschreiten.

3. Königreich Schweden:

- Verbrauchssteuerbefreiung für in der privaten Freizeitluftfahrt verwendetes Flugbenzin und Kerosin,
- Erhebung differenzierter Verbrauchssteuersätze auf bleifreies Benzin je nach Grad der Umweltbelastung, sofern die betreffenden Sätze die in den Gemeinschaftsvorschriften vorgesehenen Mindestsätze für die Verbrauchssteuer auf Mineralöle nicht unterschreiten.

Diese Entscheidung ist an die Italienische Republik, die Republik Österreich, das Königreich Schweden sowie das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 22. April 1996.

4. Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland:

Erhebung differenzierter Verbrauchssteuersätze auf bleifreies Benzin je nach Grad der Umweltbelastung,

Im Namen des Rates

Der Präsident

S. AGNELLI

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 7. Februar 1996

zur Genehmigung zusätzlicher Beihilfen des Vereinigten Königreichs zugunsten des Steinkohlenbergbaus für das Haushaltsjahr 1995/96

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(96/274/EGKS)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

gestützt auf die Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS der Kommission vom 28. Dezember 1993 über die Gemeinschaftsregelung für staatliche Beihilfen zugunsten des Steinkohlenbergbaus (¹),

gestützt auf die Entscheidung 94/995/EGKS der Kommission vom 3. November 1994 zur Genehmigung einer finanziellen Maßnahme des Vereinigten Königreichs zugunsten des Steinkohlenbergbaus in den Haushaltsjahren 1994/95 und 1995/96 (²),

in Erwägung nachstehender Gründe:

I

Das Vereinigte Königreich hat der Kommission mit Schreiben vom 7. November 1995 gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS eine weitere finanzielle Maßnahme mitgeteilt, die sie für den Steinkohlenbergbau zusätzlich zu der mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigten Beihilfe im Haushaltsjahr 1995/96 plant. In diesem Schreiben wird ferner mitgeteilt, daß sich die Zuweisung einer der in derselben Entscheidung genehmigten Beihilfen ändert.

Die vom Vereinigten Königreich geplanten Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus fallen in den Geltungsbereich von Artikel 1 Absatz 1 der Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS. Die Kommission muß daher gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Entscheidung darüber befinden, ob diese Maßnahmen mit den Zielen und Kriterien der Entscheidung sowie mit dem guten Funktionieren des Gemeinsamen Marktes vereinbar sind.

(¹) ABl. Nr. L 329 vom 30. 12. 1993, S. 12.

(²) ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1994, S. 6.

II

Bei der Entscheidung 94/995/EGKS legte die Kommission die Kriterien der Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS zugrunde und ermächtigte das Vereinigte Königreich, für das Haushaltsjahr 1995/96 verschiedene Beihilfen zu zahlen:

- eine Beihilfe bis zu einem Betrag von 130 Mio. £Stg an die staatliche Behörde „Coal Authority“ zur Deckung von Verbindlichkeiten aus Umwelt- und Gesundheitsschäden, die durch die Produktionstätigkeit im Steinkohlenbergbau vor der Privatisierung der „British Coal Corporation“ verursacht wurden;
- eine Beihilfe bis zu einem Betrag von 30 Mio. £Stg für das Haushaltsjahr 1995/96 zur Deckung von Entschädigungszahlungen für betrieblich bedingte Verletzungen und Gesundheitsschäden, die die Bergarbeiter und ehemaligen Bergarbeiter der „British Coal Corporation“ während ihrer Beschäftigung bei der „Corporation“ zwischen 1947 und dem Zeitpunkt der Privatisierung der „Corporation“ erlitten haben;
- eine Beihilfe bis zu einem Betrag von 1 Mio. £Stg im Haushaltsjahr 1995/96 für die kostenlose Lieferung von Deputatkohle, rauchfreiem Hausbrand oder in manchen Fällen die Leistung von Barzahlungen an Bergarbeiter der „British Coal Corporation“, die in den Ruhestand gegangen oder im Zuge der Umstrukturierung, Rationalisierung und Modernisierung des Steinkohlenbergbaus im Vereinigten Königreich entlassen wurden, sowie für ihre Familien für den Beschäftigungszeitraum zwischen dem 31. März 1990 und dem Zeitpunkt der Privatisierung der „Corporation“.

III

In dem Schreiben vom 7. November 1995 wurde mitgeteilt, daß die mit der Entscheidung 94/995/EGKS für 1994/95 genehmigten Beihilfen zum Teil auf das Haushaltsjahr 1995/96 übertragen wurden; diese Übertragung bedarf keiner weiteren Genehmigung.

In dem Schreiben wurde außerdem angekündigt, daß für zwei der drei genannten Maßnahmen, die mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigt wurden, im Haushaltsjahr 1995/96 zusätzliche Beihilfen vorgesehen sind, und daß aus technischen Gründen bei einer der anderen Beihilfen eine Neuzuweisung erforderlich ist. Die Kommission muß sich zu diesen drei Änderungen äußern.

Als zusätzliche Beihilfe für das Haushaltsjahr 1995/96 sind zum einem weitere 16 Mio. £Stg vorgesehen, die ergänzend zu den mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigten 30 Mio. £Stg gezahlt werden sollen, um Entschädigungszahlungen für betrieblich bedingte Verletzungen und Gesundheitsschäden der ehemaligen Bergarbeiter von „British Coal Corporation“ abzudecken. Von diesem Betrag sind 14 Mio. £Stg für „British Coal Corporation“ bestimmt, die verbleibenden 2 Mio. £Stg sollen direkt an die Beschäftigten der Privatunternehmen gezahlt werden, um Ansprüche aus dem Zeitraum vor der Privatisierung abzudecken. Vorgesehen sind zum anderen weitere 95 Mio. £Stg zusätzlich zu den mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigten 1 Mio. £Stg für die kostenlose Lieferung von Deputatkohle, rauchfreiem Hausbrand oder in manchen Fällen die Leistung von Barzahlungen an Bergarbeiter der „British Coal Corporation“, die in den Ruhestand gegangen oder im Zuge der Umstrukturierung, Rationalisierung und Modernisierung des Steinkohlenbergbaus im Vereinigten Königreich entlassen wurden, sowie für ihre Familien; mit diesen Zahlungen soll der Zeitraum bis zum 31. März 1990 abgedeckt werden.

Eine formelle Änderung ergibt sich bei der Neuzuweisung der Beihilfe für Umweltschäden für das Haushaltsjahr 1995/96. Der Gesamtbetrag der Beihilfe wird auf 110 Mio. £Stg begrenzt, er soll jedoch nicht mehr allein an die „Coal Authority“ ausgezahlt werden. Die „Coal Authority“ soll nur 57 Mio. £Stg erhalten, „British Coal Corporation“ die verbleibenden 53 Mio. £Stg.

IV

Die Beihilfe bis zu einem Betrag von 16 Mio. £Stg für Ausgleichszahlungen an ehemalige Bergarbeiter der „British Coal Corporation“, die zusätzlich zu den mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigten 30 Mio. £Stg vorgesehen ist, soll Ausgleichszahlungen für betrieblich bedingte Verletzungen und Gesundheitsschäden abdecken, die den Betroffenen im Zeitraum ihrer Beschäftigung vor der Privatisierung von „British Coal Corporation“ entstanden sind. Die Nachfolgeunternehmen von „British Coal Corporation“ haben die vollständige Haftung für betrieblich bedingte Verletzungen und Gesundheitsschäden ihrer Beschäftigten im Zeitraum nach der Privatisierung übernommen.

Zur Deckung von Entschädigungszahlungen an ehemalige Bergarbeiter von „British Coal Corporation“ für betrieblich bedingte Verletzungen und Gesundheitsschäden, die im Zeitraum zwischen 1947 und der Privatisierung der „Corporation“ entstanden sind, plant das Vereinigte Königreich statt der Beihilfe bis zu einem Betrag von 30 Mio. £Stg, die mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigt wurde, für das Haushaltsjahr 1995/96

eine Beihilfe bis zu 46 Mio. £Stg. Die Aufstockung des ursprünglichen Betrags um 16 Mio. £Stg ist zum einen darauf zurückzuführen, daß durch die Einbeziehung vorher ausgeschlossener Ansprüche und Versicherungsleistungen unvorhergesehene Ansprüche entstanden sind und die durchschnittlichen Entschädigungskosten wesentlich höher liegen als aufgrund der Ausgangsschätzungen angenommen, zum anderen macht sich die unvorhergesehene Übernahme der Verwaltungskosten für die Entschädigungsakten bemerkbar.

Diese zusätzliche Beihilfe soll folglich die tatsächlichen Kosten der Modernisierung, Rationalisierung und Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus decken, die nicht mit der laufenden Förderung verbunden sind (Alte Lasten). Gemäß Artikel 5 der Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS kann diese Beihilfe, die im Anhang ausdrücklich genannt wird, nämlich verbleibende Belastungen aus der Krankenversorgung ehemaliger Bergarbeiter, als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar gelten, wenn der Betrag die Kosten nicht übersteigt.

V

Die Entscheidung 94/995/EGKS sah ausdrücklich vor, die Beihilfe zur Deckung von Verbindlichkeiten aus Umweltschäden, die durch Bergbautätigkeiten vor der Privatisierung der „British Coal Corporation“ entstanden sind, an die „Coal Authority“ zu zahlen. Nach der Privatisierung der „British Coal Corporation“ sollte die „Coal Authority“ alle diesbezüglichen Verbindlichkeiten der „British Coal Corporation“ übernehmen. Aus technischen und Effizienzgründen hat sich die Übertragung der Funktionen von der „British Coal Corporation“ auf die „Coal Authority“ jedoch verzögert. Darum werden im Haushaltsjahr 1995/96 einige Aufgaben noch von den verbleibenden Abteilungen der „British Coal Corporation“ wahrgenommen. Die Bestimmung der Beihilfe bleibt unverändert, der vorgeschlagene Betrag soll lediglich zwischen der „Coal Authority“ und den verbleibenden Abteilungen der „British Coal Corporation“ aufgeteilt werden. Aus dem Schreiben der britischen Regierung geht hervor, daß die Beihilfe für die „British Coal Corporation“ ausschließlich für die angegebenen Zwecke verwendet werden soll. Diese rein formelle Änderung zu Artikel 2 der Entscheidung 94/995/EGKS wirkt sich nicht auf die Vereinbarkeit der Maßnahme mit den Zielen und Kriterien der Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS aus.

VI

Mit der Entscheidung 90/634/EGKS der Kommission (1) wurden Beihilfen bis zu einem Betrag von 2 Mrd. £Stg für die „British Coal Corporation“ zur Bildung einer Reserve für kostenlose Lieferungen von Deputatkohle, rauchfreiem Hausbrand oder in manchen Fällen die Leistung von Barzahlungen an Bergarbeiter im Ruhestand, ehemalige Bergarbeiter und sonstige Begünstigte gewährt, deren Ansprüche aus Produktionstätigkeiten vor 1990/91 stammen. Im März 1995 übernahm die britische Regierung die Verbindlichkeiten gegenüber den ehemaligen

(1) ABl. Nr. L 346 vom 11. 12. 1990, S. 22.

Beschäftigten und sonstigen Begünstigten der „British Coal Corporation“; die entsprechenden Reserven auf den Konten von „British Coal“ wurden zurückgegeben und die Genehmigung des Betrags von 2 Mrd. £Stg gemäß der Entscheidung 90/634/EGKS erlosch. Folglich müssen die Ausgaben unter diesem Titel für 1995/96 erneut genehmigt werden; es handelt sich dabei um einen Betrag von 95 Mio. £Stg zusätzlich zu der Summe von höchstens 1 Mio. £Stg, die gemäß Artikel 2 der Entscheidung 94/995/EGKS für die kostenlose Lieferung von Deputatkohle an ehemalige Arbeitnehmer von „British Coal Corporation“ und ihre Familien für den Beschäftigungszeitraum vom 31. März 1990 bis zur Privatisierung der „Corporation“ genehmigt wurde.

VII

Aufgrund der obigen Erwägungen und der vom Vereinigten Königreich übermittelten Angaben kann festgestellt werden, daß die in dieser Entscheidung genannten Beihilfen den Anforderungen von Artikel 5 der Entscheidung Nr. 3632/93/EGKS genügen, da sie die Kosten der Modernisierung, Rationalisierung und Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus decken sollen, die nicht mit der laufenden Förderung verbunden sind (Alte Lasten). Die Maßnahmen sind daher mit dem guten Funktionieren des Gemeinsamen Marktes vereinbar —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Vereinigte Königreich wird ermächtigt, für das Haushaltsjahr 1995/96 an die „British Coal Corporation“ eine weitere Beihilfe bis zu einem Betrag von 14 Mio. £Stg zusätzlich zu der mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigten Beihilfe zu zahlen, um Ausgleichszahlungen an ehemalige Arbeitnehmer für betrieblich bedingte Verletzungen und Gesundheitsschäden abzudecken, und ferner für das Haushaltsjahr 1995/96 eine zusätzliche Beihilfe bis zu einem Betrag von 2 Mio. £Stg zur Deckung der gleichen Ausgleichszahlungen für Ansprüche aus der Zeit vor der Privatisierung direkt an

ehemalige Bergarbeiter von „British Coal Corporation“ zu gewähren, die von den Privatunternehmen übernommen wurden.

Artikel 2

Das Vereinigte Königreich wird hiermit ermächtigt, für das Haushaltsjahr 1995/96 an „British Coal Corporation“ zur Deckung von Umweltschäden Beihilfen bis zu einem Betrag von 53 Mio. £Stg aus dem Gesamtbetrag zu zahlen, der mit der Entscheidung 94/995/EGKS genehmigt wurde.

Artikel 3

Das Vereinigte Königreich wird hiermit ermächtigt, eine Beihilfe bis zu einem Betrag von 95 £Stg für die kostenlose Lieferung von Deputatkohle, rauchfreiem Hausbrand oder in manchen Fällen die Leistung von Barzahlungen an Bergarbeiter der „British Coal Corporation“, die in den Ruhestand gegangen sind oder im Zuge der Umstrukturierung, Rationalisierung und Modernisierung des Steinkohlenbergbaus im Vereinigten Königreich entlassen wurden, sowie für ihre Familien für den Zeitraum ihrer Beschäftigung bei „British Coal Corporation“ bis zum 31. März 1990 zu zahlen.

Artikel 4

Das Vereinigte Königreich teilt der Kommission die tatsächlich geleisteten Zahlungen für jede einzelne Beihilfekategorie im Rahmen dieser Entscheidung mit.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an das Vereinigte Königreich gerichtet.

Brüssel, den 7. Februar 1996

Für die Kommission

Christos PAPOUTSIS

Mitglied der Kommission

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

GEMEINSAMER EWR-AUSSCHUSS

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES

Nr. 4/96

vom 29. Februar 1996

zur Änderung des Protokolls 47 des EWR-Abkommens über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, geändert durch das Anpassungsprotokoll zu diesem Abkommen (im folgenden „Abkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Protokoll 47 des Abkommens wurde durch den Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/95⁽¹⁾ geändert.

Die durch Kapitel V Buchstabe B Ziffer VII Nummern 3, 6 und 9 des Anhangs I der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge⁽²⁾ vorgenommenen Anpassungen der Verordnung (EWG) Nr. 823/87 des Rates vom 16. März 1987 zur Festlegung besonderer Vorschriften für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete, der Verordnung (EWG) Nr. 2392/89 des Rates vom 24. Juli 1989 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Bezeichnung und Aufmachung der Weine und der Traubenmoste und der Verordnung (EWG) Nr. 2333/92 des Rates vom 13. Juli 1992 zur Festlegung der Grundregeln für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure sind in das Abkommen aufzunehmen.

Die Verordnung (EG) Nr. 2733/94 der Kommission vom 9. November 1994 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, eine zusätzliche Erhöhung des Alkoholgehalts bei Tafelwein und Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete zu gestatten⁽³⁾, ist in das Abkommen aufzunehmen.

Die Verordnung (EG) Nr. 60/95 der Kommission vom 16. Januar 1995 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2676/90 zur Festlegung gemeinsamer Analysemethoden für den Weinsektor⁽⁴⁾ ist in das Abkommen aufzunehmen.

Die Verordnung (EG) Nr. 554/95 der Kommission vom 13. März 1995 mit Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure⁽⁵⁾ ist in das Abkommen aufzunehmen —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Anlage 1 zu Protokoll 47 zum Abkommen wird gemäß dem Anhang dieses Beschlusses geändert.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 47 vom 2. 3. 1995, S. 19.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 241 vom 29. 8. 1994, S. 21, geändert im ABl. Nr. L 1 vom 1. 1. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 289 vom 10. 11. 1994, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 11 vom 17. 1. 1995, S. 19.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 56 vom 14. 3. 1995, S. 3.

Artikel 2

Der Wortlaut der durch Kapitel V Buchstabe B Ziffer VII Nummern 3, 6 und 9 des Anhangs I der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge vorgenommenen Anpassungen der Verordnungen (EWG) Nr. 823/87, (EWG) Nr. 2392/89 und (EWG) Nr. 2333/92 und der Wortlaut der Verordnung (EG) Nr. 2733/94, der Verordnung (EG) Nr. 60/95 und der Verordnung (EG) Nr. 554/95 in isländischer und norwegischer Sprache, der den jeweiligen Sprachfassungen dieses Beschlusses beigefügt ist, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 1. März 1996 in Kraft, sofern dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens übermittelt worden sind.

Artikel 4

Dieser Beschluß wird im EWR-Abschnitt und im EWR-Supplement des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Brüssel, den 29. Februar 1996

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß

Der Vorsitzende

P. BENAVIDES

ANHANG

des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/96

ANLAGE 1 DES PROTOKOLLS 47 des EWR-Abkommens ÜBER DIE BESEITIGUNG TECHNISCHER HANDELSHEMMNISSE FÜR WEIN wird wie folgt geändert.

1. Nummer 14 (Verordnung (EWG) Nr. 2707/86 der Kommission) wird gestrichen.
2. Unter Nummer 16 (Verordnung (EWG) Nr. 823/87 des Rates) wird folgender Gedankenstrich eingefügt:
„— 194 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. Nr. C 241 vom 29. 8. 1994, S. 21, geändert im ABl. Nr. L 1 vom 1. 1. 1995, S. 1).“
3. Unter Nummer 22 (Verordnung (EWG) Nr. 2392/89 des Rates) wird folgender Gedankenstrich eingefügt:
„— 194 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. Nr. C 241 vom 29. 8. 1994, S. 21, geändert im ABl. Nr. L 1 vom 1. 1. 1995, S. 1).“
4. Nummer 23 (Verordnung (EWG) Nr. 3677/89 des Rates) wird gestrichen.
5. Unter Nummer 25 (Verordnung (EWG) Nr. 2676/90 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich eingefügt:
„— 395 R 0060: Verordnung (EG) Nr. 60/95 der Kommission vom 16. Januar 1995 (ABl. Nr. L 11 vom 17. 1. 1995, S. 19).“
6. Unter Nummer 39 (Verordnung (EWG) Nr. 2333/92 des Rates) wird folgender Gedankenstrich eingefügt:
„, geändert durch:
— 194 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. Nr. C 241 vom 29. 8. 1994, S. 21, geändert im ABl. Nr. L 1 vom 1. 1. 1995, S. 1).“
7. Nach Nummer 42a (Verordnung (EG) Nr. 3111/93 der Kommission) werden folgende Nummern eingefügt:
„42b. 394 R 2733: Verordnung (EG) Nr. 2733/94 der Kommission vom 9. November 1994 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, eine zusätzliche Erhöhung des Alkoholgehalts bei Tafelwein und Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete zu gestatten (ABl. Nr. L 289 vom 10. 11. 1994, S. 5).
42c. 395 R 0554: Verordnung (EG) Nr. 554/95 der Kommission vom 13. März 1995 mit Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure (ABl. Nr. L 56 vom 14. 3. 1995, S. 3).“
8. Der Nummer 45 (Verzeichnis der Tafelweine) wird folgendes angefügt:
„, geändert durch:
— Verzeichnis in ABl. Nr. C 203 vom 27. 7. 1993, S. 4.“

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES

Nr. 5/96

vom 29. Februar 1996

über die Änderung des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, geändert durch das Anpassungsprotokoll zu diesem Abkommen, nachstehend „Abkommen“ genannt, insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Anhang XI des Abkommens wurde durch den Beschluß Nr. 26/95 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ⁽¹⁾ geändert.

Die Entschließung 95/C 188/02 des Rates vom 29. Juni 1995 über die weitere Entwicklung der Mobil- und der persönlichen Kommunikation in der Europäischen Union ⁽²⁾ ist in das Abkommen aufzunehmen —

BESCHLIESST:

Artikel 1

In Anhang XI des Abkommens wird nach Nummer 26b (Entschließung 94/C 379/04 des Rates) folgender neuer Punkt eingefügt:

„26c. 395 Y 0722(02): Entschließung 95/C 188/02 des Rates vom 29. Juni 1995 über die weitere Entwicklung der Mobil- und der persönlichen Kommunikation in der Europäischen Union (ABl. Nr. C 188 vom 22. 7. 1995, S. 3).“

Artikel 2

Der Wortlaut der Entschließung 95/C 188/02 in isländischer und norwegischer Sprache, der den jeweiligen Sprachfassungen dieses Beschlusses beigelegt ist, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 1. März 1996 in Kraft, sofern dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens übermittelt worden sind.

Artikel 4

Dieser Beschluß wird im EWR-Abschnitt und im EWR-Supplement des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Brüssel, den 29. Februar 1996

*Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß**Der Vorsitzende*

P. BENAVIDES

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 273 vom 16. 11. 1995, S. 47.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 188 vom 22. 7. 1995, S. 3.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES

Nr. 6/96

vom 29. Februar 1996

über die Änderung des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, geändert durch das Anpassungsprotokoll zu diesem Abkommen, nachstehend „Abkommen“ genannt, insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Anhang XI des Abkommens wurde durch den Beschluß Nr. 26/95 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses⁽¹⁾ geändert.

Die Entschließung 95/C 258/01 des Rates vom 18. September 1995 zur Entwicklung des künftigen ordnungspolitischen Rahmens für die Telekommunikation⁽²⁾ ist in das Abkommen aufzunehmen —

BESCHLIESST:

Artikel 1

In Anhang XI des Abkommens wird nach Nummer 26c (Entschließung 95/C 188/02 des Rates) folgender neuer Punkt eingefügt:

„26d. 395 Y 1003(01): Entschließung 95/C 258/01 des Rates vom 18. September 1995 zur Entwicklung des künftigen ordnungspolitischen Rahmens für die Telekommunikation (ABl. Nr. C 258 vom 3. 10. 1995, S. 1).“

Artikel 2

Der Wortlaut der Entschließung 95/C 258/01 in isländischer und norwegischer Sprache, der den jeweiligen Sprachfassungen dieses Beschlusses beigelegt ist, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 1. März 1996 in Kraft, sofern dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens übermittelt worden sind.

Artikel 4

Dieser Beschluß wird im EWR-Abschnitt und im EWR-Supplement des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Brüssel, den 29. Februar 1996

*Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß**Der Vorsitzende*

P. BENAVIDES

(¹) ABl. Nr. L 273 vom 16. 11. 1995, S. 47.

(²) ABl. Nr. C 258 vom 3. 10. 1995, S. 1.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES

Nr. 7/96

vom 29. Februar 1996

über die Änderung des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, geändert durch das Anpassungsprotokoll zu diesem Abkommen, nachstehend „Abkommen“ genannt, insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Anhang XI des Abkommens wurde durch den Beschluß Nr. 26/95 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ⁽¹⁾ geändert.

Die Empfehlung 95/144/EG des Rates vom 7. April 1995 über gemeinsame Kriterien für die Bewertung der Sicherheit von Systemen der Informationstechnik ⁽²⁾ ist in das Abkommen aufzunehmen —

BESCHLIESST:

Artikel 1

In Anhang XI des Abkommens wird nach Nummer 28 (Entschließung 94/C 181/01 des Rates) folgender neuer Punkt eingefügt:

„29. 395 X 0144: Empfehlung 95/144/EG des Rates vom 7. April 1995 über gemeinsame Kriterien für die Bewertung der Sicherheit von Systemen der Informationstechnik (ABl. Nr. L 93 vom 26. 4. 1995, S. 27).“

Artikel 2

Der Wortlaut der Empfehlung 95/144/EG in isländischer und norwegischer Sprache, der den jeweiligen Sprachfassungen dieses Beschlusses beigefügt ist, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 1. März 1996 in Kraft, sofern dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens übermittelt worden sind.

Artikel 4

Dieser Beschluß wird im EWR-Abschnitt und im EWR-Supplement des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Brüssel, den 29. Februar 1996.

*Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß**Der Vorsitzende*

P. BENAVIDES

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 273 vom 16. 11. 1995, S. 47.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 93 vom 26. 4. 1995, S. 27.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES

Nr. 8/96

vom 29. Februar 1996

über die Änderung des Anhangs XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, geändert durch das Anpassungsprotokoll zu diesem Abkommen, nachstehend „Abkommen“ genannt, insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Anhang XIII des Abkommens wurde durch den Beschluß Nr. 60/95 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ⁽¹⁾ geändert.

Die Verordnung (EG) Nr. 2479/95 der Kommission vom 25. Oktober 1995 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr an den technischen Fortschritt ⁽²⁾ ist in das Abkommen aufzunehmen —

BESCHLIESST:

Artikel 1

In Anhang XIII des Abkommens wird in Nummer 21 (Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates) folgender Gedankenstrich hinzugefügt:

„— 395 R 2479: Verordnung (EG) Nr. 2479/95 der Kommission vom 25. Oktober 1995 (ABl. Nr. L 256 vom 26. 10. 1995, S. 8).“

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EG) Nr. 2479/95 in isländischer und norwegischer Sprache, der den jeweiligen Sprachfassungen dieses Beschlusses beigelegt ist, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 1. März 1996 in Kraft, sofern dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens übermittelt worden sind.

Artikel 4

Dieser Beschluß wird im EWR-Abschnitt und im EWR-Supplement des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Brüssel, den 29. Februar 1996

*Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß**Der Vorsitzende*

P. BENAVIDES

⁽¹⁾ Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 256 vom 26. 10. 1995, S. 8.